contraste

zeitungfürselbstorganisation

423 36. JG. 4'50 EURO DEZEMBER 2019 contraste.org

NACHRICHTEN
Chile: Die Bevölkerung erhebt sich gegen systematische Ausbeutung und Repressionen. 3

PROJEKTE
Auch unter schwierigen Bedingungen kämpft vio.me weiter um seine Arbeiterselbstverwaltung. 4

BEWEGUNG
Krise in Venezuela: Wie die Kooperative »Cecosesola« mit Herausforderungen umgeht. 6

BIOTONNE
Kommentar: Wen addressiert die Umweltbewegung und kann sie damit erfolgreich sein? 13

FRAUENORGANISIERUNG IN ROJAVA

▲ Gegen die aktuellen Angriffe auf Rojava: Solidaritätsdemo am 2. November 2019 in Berlin Foto: Avahi

Widerstand und gelebte Utopien

Gerade jetzt, wo die selbstverwalteten Strukturen in Rojava buchstäblich wieder unter Beschuss stehen, lohnt sich ein Blick auf ein wichtiges Standbein der kurdischen Bewegung: die Organisierung der Frauen.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

»Mir ist wichtig, dass die Dinge, die wir im Interview zur Sprache bringen, so niedergeschrieben werden, wie wir sie sagen. Denn in der Vergangenheit haben wir schon erlebt, dass Delegationen aus Europa gekommen sind, hier Reportagen gemacht haben, dann aber unsere Worte ihren Ansichten entsprechend interpretiert haben. Darin konnten wir uns dann nicht mehr wiederfinden. Wir möchten uns selbst vorstellen können und nicht irgendwelchen politischen Interessen entsprechend verzerrt dargestellt werden.« So beschrieb es eine Frau an der Frauenakademie in Mexmûr, einer Stadt in der Autonomen Region Kurdistan im Irak.

Um dieser Bitte Rechnung zu tragen, hat das Herausgeber*innenkollektiv des Buchs »Widerstand und gelebte Utopien« tatsächlich die meisten Interviews wortwörtlich und ungekürzt abgedruckt. Entstanden sind diese Interviews bei Delegationsreisen von Frauen aus Westeuropa im Jahr 2010. Die Texte sind nach wie vor aktuell: Sie sind einführend strukturiert und geben auch Leser*innen ohne viel Vorwissen die Möglichkeit, sich ein Bild von der kurdischen Frauenbewegung zu machen.

Für unseren Schwerpunkt haben wir einige Passagen aus dem Buch ausgewählt und sie um aktuelle Berichterstattung ergänzt. Die angesprochenen Themen Frauenwissenschaft, Frauenarmee und Frauenpresse können nur exemplarisch für die facettenreiche Organisierung von Frauen in Kurdistan stehen. Das Kollektiv »Avahî« berichtet auf Seite 12 über sein aktuelles Bauprojekt in Rojava und ergänzt eine Sicht der internationalistischen Solidarität.

Das Buch mit über 500 Seiten bietet demgegenüber ein sehr detailliertes Bild der kurdischen Frauenbewegung. Vor allem werden die Interviews von 2010 in einen historischen Kontext eingeordnet – das konnten wir in diesem Schwerpunkt leider nicht leisten. Nichtsdestotrotz sind die Erfahrungen und Ansätze, die wir in den ausgewählten Texten kennenlernen, gute Anregungen für eine weiterführende Organisierung hierzulande, für den internationalistischen, feministischen Freiheitskampf autonomer Frauenbewegungen und die Stärkung von Frauen in gemischten Strukturen.

»Widerstand und gelebte Utopien« ist vor kurzem im Rahmen der Edition Mezopotamya neu erschienen – eine Gemeinschaftsedition der Verlage Unrast, Mandelbaum und Edition 8.

Als Mitherausgeber*innen haben knapp hundert solidarische Verlage, Buchhandlungen und namhafte Persönlichkeiten das Projekt unterstützt. Auch die CONTRASTE war mit dabei. Anlass für das Solidaritätsprojekt war das Verbot des kurdischen Mezopotamien Verlags (Neuss) durch Bundesinnenminister Horst Seehofer im Februar. Dem Verlag wurde unterstellt, eine Unterorganisation der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) zu sein. Keines der vom Verlag verlegten oder vertriebenen Bücher ist in der Vergangenheit in Deutschland verboten oder beanstandet worden. Dennoch wurden sie tonnenweise beschlagnahmt, so dass sie für den Buchhandel und die Leser*innen nicht mehr erreichbar waren. Die wichtigsten der deutschsprachigen Titel des Mezopotamien Verlags wurden nun im Rahmen der Edition Mezopotamya neu aufgelegt. Finanziert wurde das Projekt aus Spenden.

POLITISCHES ENGAGEMENT

Finanzämter sprechen Vereinen die Gemeinnützigkeit ab

Das zuständige Finanzamt hat dem »DemoZ« (Demokratisches Zentrum Ludwigsburg – Verein für politische und kulturelle Bildung) aus Baden-Württemberg die Gemeinnützigkeit aberkannt. Damit ist erstmals ein lokaler Verein von den Folgen des Attac-Urteils betroffen. Anfang November traf es zudem die »Bundesvereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA). Der Verein muss seine Verfassungstreue nachweisen, weil er im bayerischen Verfassungsschutzbericht erwähnt wird.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

»Seit 40 Jahren bietet das DemoZ einen für alle Menschen offenen sozialen Treffpunkt mit zahlreichen Kultur- und Politikangeboten. Ohne den Status der Gemeinnützigkeit sind wir in unserer Existenz bedroht«, erklärte Yvonne Kratz, Vorstandsmitglied des DemoZ. »Für das kulturelle Leben in der Stadt ist ein vielfältiges, für alle zugängliches Programm entscheidend.«

Mit Attac und Campact waren bislang nur große Vereine mit dem Vorwurf konfrontiert, zu politisch zu handeln. Das Finanzamt wirft dem DemoZ vor, dass es sich politisch positioniert, beispielsweise durch kapitalismuskritische Veranstaltungen, die im Rahmen des Programms 2017 zu den Themen »Kapitalismus – was ist das und was können wir dagegen tun?« oder »Einführung in die Idee des Anarchismus« stattgefunden hatten.

Zudem kritisiert das Finanzamt, dass die Angebote des DemoZ nicht der Allgemeinheit dienen. Schließlich seien rechtsextreme Menschen von den Veranstaltungen ausgeschlossen: »Gegenüber dem Anspruch, der ›Volksbildung‹ und einer offenen demokratischen Diskussion zu dienen, ist laut Text neben dem Impressum festzustellen, dass der Verein DemoZ ausdrücklich auch Personen von seinen Veranstaltungen ausschließt«, heißt es in einem Schreiben des Finanzamts Ludwigsburg vom 11. Juni 2019.

»Die Auffassung des Finanzamts ist rechtlich nicht haltbar«, sagte Sarah Lincoln, Juristin bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF), die das DemoZ juristisch begleiten. »Das Finanzamt hat ein viel zu enges Verständnis von politischer Bildung. Politische Bildung muss überparteilich sein, aber nicht wertneutral. Eine lebendige Demokratie braucht diese Räume gesellschaftspolitischer Debatten.«

Zum Fall VVN-BdA erklärte Stefan Diefenbach-Trommer von der Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung«: »Natürlich müssen gemeinnützige Organisationen sich im Rahmen des Grundgesetzes bewegen. Doch in der Abgabenordnung wird die Beweislast umgedreht. Demnach müssen nicht Finanzamt oder Verfassungsschutz beweisen, dass ein Verein verfassungswidrig handelt, sondern die Organisation muss ihre Verfassungstreue beweisen. Das ist praktisch unmöglich und eine Umkehrung des Rechtsstaatsprinzips.« Die Allianz, in der sich mehr als 130 Vereine und Stiftungen zusammengeschlossen haben, fordert daher, diese formelle Regelung zu streichen. Sonst seien gemeinnützige Organisationen von der unbewiesenen Einschätzung eines beliebigen Amtes für Verfassungsschutz abhängig.

Links: www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de, www.freiheitsrechte.org, www.rosalux.de/news/id/41288/ist-demokratisches-engagement-gemeinnuetzig

Mehr dazu in unserer Januar-Ausgabe.

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
PROTESTE IN CHILE

PROJEKTE SEITE 4
AKTUELLES VON VIO.ME
NETZWERK SELBSTHILFE

PROJEKTE SEITE 5
LANGER TISCH, KÖLN
MÜNCHEN MUSS HANDELN

BEWEGUNG SEITE 6
CECOSESOLA, VENEZUELA

GENOSSESCHAFTEN SEITE 7
FUX EG, HAMBURG
REDLICHE PIONIERE VON ROCHDALEL

ÜBER DEN TELLERRAND SEITE 8
PROZESSTRAINING FÜR BÜCHEL-AKTIONEN
RECHTSTICKER

SCHWERPUNKT SEITE 9
JINEOLOGIE: WISSENSCHAFT VON UND FÜR FRAUEN

SEITE 10
KRIEG STATT ROJAVA
EINE ALTERNATIVE MEDIALE SICHTWEISE

SEITE 11
FRAUENARMEE

SEITE 12
INTERNATIONALISTISCHE SOLIDARITÄT FÜR ROJAVA

BIOTONNE SEITE 13
LESERBRIEFE ZU »COMMONS«
KOMMENTAR ZUR UMWELTBEWEGUNG

KUNST & KULTUR SEITE 14
BAUHAUS: MYTHEN UND BLINDFLECKEN
BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

REZENSIONEN SEITE 15
DIE GESELLSCHAFT VERÄNDERN
CARE IN MEHRPERSONEN-BEZIEHUNGEN
WIDERSPRUCH
ALTERNATIVE ÖKONOMIE
SCHADEN IN DER OBERLEITUNG

TERMINE SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

EIne **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo

(läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):
- 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL

Grafik: Eva Sempere

FRUGALISMUS: MIT 40 IN DEN RUHESTAND

BRIGITTE KRATZWALD

»Materieller Konsum macht mich nicht glücklich«, sagt Oliver Noelting. »Meine Lebensqualität hat sich durch bewussteren Umgang mit Geld und Ressourcen nicht reduziert, sondern erhöht«, kann man auf einer anderen Webseite lesen. Auf wieder anderen, gleichgesinnten Blogs findet man Tipps, wie man mit wenig Geld auskommt, etwa: keine Lebensmittel verschwenden, Kosmetika selbst machen, mit Kindern spielen ohne teures Spielzeug. Bin ich etwa auf einem Transition-Blog gelandet, geht es um Degrowth, um Klimawandel und ein Leben nach dem Kapitalismus?

Mitnichten! Beim »Frugalismus«, wie dieser neue Trend heißt, geht es nicht um gesellschaftliche Zukunftsentwürfe, um Nachhaltigkeit oder gar einen Systemwandel. Im Gegenteil: Genau so wichtig wie Spartipps sind die Anlagetipps auf den entsprechenden Webseiten. In einem Beitrag in der österreichischen Tageszeitung der Standard heißt es, »man redet viel über Geld, damit es im Leben weniger um Geld gehen kann«. Das Ziel ist, nur möglichst wenige Lebensjahre mit Erwerbsarbeit zu verbringen. Erreichen wollen die Frugalisten das, indem sie sparsam leben und einen großen Teil ihres Einkommens so anlegen, dass sie – nach durchschnittlich zehn Jahren – von der Rendite leben können. Es funktioniert also nur mit Kapitalismus. Dieser Trend aus den USA hat inzwischen auch in Deutschland und Österreich zahlreiche Anhänger.

Die Kritik der Lohnarbeit teilen die Frugalisten mit linken Arbeitskritiker*innen. Man wünscht sich gute, sinnvolle Arbeit, möchte mehr Zeit zum Leben haben. Schön, dass dieser Wunsch immer mehr Menschen umtreibt. Aber Arbeitszeitverkürzung für alle, bedingungsloses Grundeinkommen, gemeinsame Ökonomie oder Dinge gemeinsam nutzen, um nicht alles selbst kaufen zu müssen? Fehlanzeige. Politische oder kollektive Lösungen kommen den Frugalisten nicht in den Sinn. Stattdessen suchen sie ihre individuelle Antwort, die da heißt FIRE = »financial independent, early retire«, also finanzielle Unabhängigkeit, früher Ruhestand. Das autonome Individuum, der Mythos der absoluten Unabhängigkeit nur auf Grund der eigenen Leistung, das ist das Ideal, dem diese Menschen nacheifern.

Eigentlich schade, denn möglich ist das nur wenn mensch ausreichend verdient. Noelting ist Programmierer und gibt sein Netto-Jahreseinkommen auf seiner Webseite mit 27.000 Euro an und das bei einer wöchentlichen Lohnarbeitszeit von 24 Stunden. Das liegt, zumindest für Österreich, deutlich über dem Durchschnitt. Für Frauen, deren Durchschnittseinkommen noch niedriger ist, dürfte dieses Ziel sowieso kaum zu erreichen sein. Außerdem, so der Standardbeitrag, es funktioniert auch nur für ein Leben ohne Schicksalsschläge – und, so möchte man ergänzen – ohne Finanzkrisen. Die Sparpläne sind von vielen Unwägbarkeiten abhängig – dass alles zehn Jahre wie geplant läut, dürfte eher die Ausnahme als die Regel sein.

Dabei hätten wir durchaus Vorschläge anzubieten, wie es anders ginge. Vielleicht sollte man ihnen ein CONTRASTE-Schnupperabo anbieten?

35 Jahre Contraste — Einladung zur Jubelfeier

Liebe Leserin, lieber Leser der CONTRASTE,

wir feiern unser 35. Erscheinungsjahr! Hinter uns liegen schon viele Berichte, viele Debatten, viele Hürden und viel Freude. Am Samstag, 18. Januar, geht es bei der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim in Köln, Düsseldorfer Straße 74, ab 15 Uhr zur Jubelsache:

15 Uhr Kaffee und Kuchen
16 Uhr SSM-Führung mit Heinz Weinhausen
18 Uhr Podiumsgespräch zwischen den Generationen mit dem langjährigen Contraste-Redakteur Burghard Flieger, der Soziologin Gisela Notz, dem Living-Utopia-Aktivisten Tobi Rosswog und einer Aktivistin von Ende Gelände
Danach: Fingerfood & Getränke, Musik zum Tanzen

Wenn du mit uns feiern möchtest, melde dich bitte spätestens bis zum 10. Januar 2020 an: info@contraste.org oder 0176 / 29 71 05 36 (evtl. AB). Bitte teile uns mit, ob du einen Schlafplatz benötigst.

Bei Interesse ist wie immer auch eine Teilnahme an unserem Redaktionsplenum möglich, das am 16. und 17. Januar ebenfalls bei der SSM stattfindet. Bitte melde dich dafür ebenfalls an.

AKTION 2020

7.000 Euro für die CONTRASTE

Liebe Leser*innen,

in dieser Ausgabe findet ihr unseren beigelegten Spendenaufruf. Möge er euch überzeugen, der CONTRASTE ein gutes Stück nach vorne zu helfen. Gleichzeitig könnt ihr so eure Steuern mindern. Die maßgebliche Politik hätte euer Geld natürlich am liebsten für die Finanzierung von mehr Auslandseinsätzen und zum Aufbau einer EU-Armee. Da schaudert's uns.

Für Klimapolitik sind in der BRD dagegen nur einige Milliarden im Jahr vorgesehen. Was ein williges Deutschland aber leisten könnte, war zu Zeiten der Wiedervereinigung zu bestaunen. Da flossen Jahr für Jahr Milliarden um Millarden Deutsche Mark, Schulden um Schulden wurden gemacht. Natürlich in erster Linie, damit einige wenige Konzerne dort Reibach machen konnten. Teils geschah das auch, um ostdeutsche Konkurrenz aus dem Weg zu räumen, nicht alle volkeigenen Betriebe waren finanziell »marode«. Einem willigen Deutschland legt der Soziologe und Ökonom Jeremy Rifkin einen »Green New Deal« nahe, um doch noch die Klimakatastrophe eindämmen zu können. Wobei aber doch der Kapitalismus selbst das Problem ist. Immerhin, besser ist es wohl Windkraftwerke zu bauen als Killerdrohnen.

Eingegangen sind 255 Euro an Spenden. Vielen Dank. So sind es jetzt noch 6.288 Euro, die wir für die Aktion 2020 mindestens noch benötigen, um nicht mit der CONTRASTE in finanzielle Bedrängnis zu geraten. Es sei denn, die Abos und die Fördermitgliedschaften würden deutlich steigen. Mehr gelesen zu werden, das wäre natürlich auch famos. Immerhin geht es hier leicht bergauf im Jahresdurchschnitt.

Zwei Abos und zwei befristete Knastabos sind dazu gekommen, ein Abo wurde gekündigt.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

T.I.	5,00
Hubertus Cramer	200,00
R.G.	5,00
P.E.	15,00
L.C. + M.L.	8,00
B.K.	7,00
S.J.	15,00

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **6.288,00** Euro.

Spendenticker »Aktion 2019«

10,17 % finanziert **712,00** Euro Spenden **6.288,00** Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE **CONTRASTE E.V.** **IBAN DE02508900000051512405** **BIC GENODEF1VBD**

PROTESTE IN CHILE

Eine Bewegung von unten

▲ Der Plaza Italia in Santiago wurde von den Menschen zum Plaza Dignidad (Platz der Würde) umbenannt. Foto: Ignacia Flores Rivera

Seit Oktober gehen in Chile die Menschen auf die Straße, um gegen den neoliberalen Ausverkauf ihres Landes zu demonstrieren. Die Regierung begegnet diesem Aufbegehren mit starken Repressionen, die einige Einwohner*innen an die Pinochet-Diktatur erinnert. Unsere Autorinnen sind zurzeit in Chile und berichten für CONTRASTE aus der Stadt Valparaiso.

JOHANNA BRINKMAN & LISA VOGLER

Die chilenische neoliberale Regierung hat sich in einen sozialen Ruin gewirtschaftet: Der Mindestlohn von 301.000 chilenischen Pesos (340 Euro), den rund die Hälfte der Bevölkerung verdient, reicht bei steigenden Lebenshaltungskosten nicht mehr zum Leben aus, während Abgeordnete der Regierung mehr verdienen als der Vizepräsident der USA. Wir sehen, dass ein Land, das so viel für einen modernen Ruf und wirtschaftliches Wachstum tut, in dem Moment, in dem die Menschen zu Millionen auf die Straße gehen, lieber Geld für die Verstärkung des Militärs ausgibt, als gegen die sozialen Missstände.

Das reichste Prozent der Chilen*innen verdient 31 Prozent der Gesamteinkünfte des Landes. In Deutschland verdienen 12 Prozent diese 31 Prozent. Es geht hier nicht mehr nur um Arm und Reich, sondern es geht darum, dass ein Großteil der Bevölkerung über Jahrzehnte systematisch ausgebeutet wurde und weiterhin wird. Während der Militärdiktatur Pinochets wurden einige junge Wirtschaftswissenschaftler, unter ihnen der heutige Präsident Sebastian Piñera, nach Harvard zum Studieren entsandt. Diese sogenannten »Chicago Boys« brachten den extremen Neoliberalismus nach Chile. Chile wurde zu einem Wirtschaftsexperiment der amerikanischen Professoren Friedrich August von Hayek und Milton Friedman: Ein freier Markt mit möglichst wenig Regulierung.

Diese Ereignisse haben unter anderem zur Privatisierung von Wasser, Metro, Universität, Maut, Gesundheit und sogar von Flüssen, Gletschern und Buchten gesorgt. Es gibt Orte, an denen es kein Wasser mehr für die Menschen gibt, da z.B. große Avocadoexportfirmen sich mehr Wasserpatente kaufen können als die Menschen in den Dörfern.

Ausnahmezustand verhängt

Dieses neoliberale System funktioniert eindeutig nicht für die gesamte Gesellschaft: Jugendliche müssen sich hoch verschulden, um studieren zu können. Für die Alten reicht die Rente nicht für Arztbesuche und Medikamente. Die Rentenkasse AFP ist Pflicht und zieht zwölf Prozent des monatlichen Lohns der Menschen ab, errechnet jedoch den monatlichen Satz für die Rente mit einer Lebensdauer von 110 Jahren. Die Lebenserwartung in Chile lag 2018 bei 79,7 Jahren. Das restliche Geld geht nur an die Familie der Verstorbenen, falls diese kein Kind über 24 hinterlässt. Da die Menschen hier sehr früh Kinder bekommen, ist dies seltenst der Fall. Somit fließen Unmengen an Geld in die AFP.

Gegen diese systematische und meist legale Ausnutzung von Seiten der politischen und sozialen »Elite« gehen die Menschen nun seit Mitte Oktober auf die Straße. Mit Topfdeckeln und Holzlöffeln schlagen sie Alarm und geben ihrer Wut eine Stimme. Es kam innerhalb kürzester Zeit zu riesigen Demonstrationen. Von der Regierung wurde der Ausnahmezustand »Estado de Emergencia« ausgerufen. Dies bedeutet absolutes Versammlungsverbot, Ausgangsperre und Militär auf den Straßen.

Solch einen Zustand hatten die Menschen seit der Diktatur Pinochets nicht mehr gesehen. Besonders für die ältere Bevölkerung, die sich noch gut an die traumatischen Ereignisse der Diktatur erinnert, ist die heutige Situation wie ein Déjà-vu. Viele hätten nicht gedacht, dass sie so viel Angst und Schrecken nochmal erleben müssen. Diese Angst teilt die Jugend heutzutage nicht mehr. Sie haben miterlebt, wie ihre Großeltern und Eltern jeden Monat ihr Geld abrechnen müssen, um über die Runden zu kommen. Wie die indigene Bevölkerung im Süden Chiles kriminalisiert, beraubt und getötet wird.

Wasserwerfer und Tränengas

Dies sind kleine Eindrücke, warum sich so viel Wut angestaut hat. Es wurde die letzten Jahre immer wieder viel demonstriert, doch dieses Mal sind die Proteste von einem auf den anderen Tag auf das komplette Land übergeschwappt. Seit dem Beginn der Proteste hat sich die Selbstorganisation etwas gewandelt. Primär haben sich kleinere schon vorhandene Gruppen zusammengetan und zu Demonstrationen gegen bestimmte Themen aufgerufen. Städte und Regionen haben sich vereint. Komplette Familien sind mitgelaufen. Dabei sind riesige Demozüge von mehr als sieben Kilometern Länge entstanden. Oft konnten leider nicht alle beteiligten Demos zusammentreffen, da vorher mit Wasserwerfern und Tränengas die friedlichen Massen auseinander getrieben wurden.

Bei diesen demonstrierenden Massen haben wir keine einzige Flagge von einer politischen Partei gesehen. Denn es geht um mehr als eine politische Orientierung. Während dieser Demos ist es in den Großstädten jeden Tag zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden gekommen. Die Politik stellt auf stumm und antwortet mit noch mehr Repression und sehr viel Gewalt gegenüber den Menschen. So wird momentan gezielt auf die Augen der Demonstrierenden geschossen. Angeblich mit reinen Hartgummigeschossen. Dies zweifeln einige Mediziner*innen an. Ihrer Meinung nach enthalten die Kugeln Metallteile.

Laut des INDH, eine chilenische Menschenrechtsorganisation, waren bis zum 14. November unter den 2.365 stationär betreuten Verletzten 217 Personen mit schweren Augenschäden. Des Weiteren sind mindestens 6.199 Menschen verhaftet und von der Polizei einbehalten worden. Am 26. Oktober gab es schon 20 Tote. Die aktuelle Zahl ist schwer herauszufinden. Das alles in nur vier Wochen.

Gegen das eigene Dorf

Doch viele Menschen haben keine Angst mehr vor der Repression. Durch Aktionen wie Schüsse und Tränengasbomben in einem Krankenhaus, in einem Mädchengymnasium, gegen Alte und Hunde, durch das Rauben von Fernsehern und das Entziehen von einem Rollstuhl eines friedlich Demonstrierenden hat die Polizei jegliches Ansehen verloren. Sie hat sich gegen das eigene »Pueblo« (Dorf) gewandt und das mit so viel Hass und Gewaltbereitschaft, dass viele sich nur noch fragen: Wie können Menschen zu so etwas in der Lage sein?

Inzwischen sind die riesigen Großdemos vereinzelter geworden. Es gibt sie immer noch, aber nicht mehr täglich. Nun treffen sich die Menschen zu öffentlichen Versammlungen namens »Cabildos«, Kundgebungen, Konzerten, Fahrraddemos und gemeinsamen künstlerischen Aktionen auch auf öffentlichen Plätzen. Es gibt »Velatones« (Demos mit Kerzen) für die Ermordeten, Gefolterten und Verletzen. Es wird viel geredet, zugehört, diskutiert, Wissen geteilt, beratschlagt und angeklagt. Es gibt Cabildos mit unterschiedlichen Schwerpunkten, z.B. Medioambiente (Umwelt), Künstler*innen, Feminismus.

Zu dem feministischen Cabildo, an dem wir teilgenommen haben, sind über 150 Frauen gekommen, morgens und unter der Woche. Es wurde in kleinen Gruppen diskutiert und organisiert. Jede Frau hat ein anderes Aktionspotenzial: Die eine will gerne mitdemonstrieren, die andere bereitet Essen für diejenigen vor, die nicht mehr demonstrieren wollen oder eine Auszeit brauchen, wieder eine andere passt auf eine Horde Kinder auf, damit auch alleinerziehende Mütter ihrer Form des Protest nachgehen können.

Durch diese Organisation und die Zusammenkünfte sind in Valparaiso, wo die Repression mit am stärksten ist, mehrere »Espacios seguros« (sichere Orte) entstanden. Hier finden die Menschen Erste Hilfe, einen Ort zum Durchatmen, Menschen zum Reden und ab und an sogar beruhigende Floraltherapie. Die gesamte Stadt ist zum Ausdruck der Proteste geworden. Streetart, Sticker und ganze Wände erzählen, was auf den Straßen und in den Köpfen vorgeht. Spannend an der bestehenden Bewegung ist, dass sie komplett von unten aufersteht.

Obwohl die Menschen unterschiedlicher nicht sein könnten, sind sie doch in einem tief verbunden: Sie wollen nicht mehr ausgebeutet werden. Außerdem ist die Art und Weise, mit der die Regierung und die Polizei auf die Proteste reagieren, eine schwerwiegende, systematische Verletzung der Menschenwürde. Es sind Menschen gestorben, gefoltert und verletzt worden. Das darf nicht ungestraft bleiben. Solidarität mit Chile!

MELDUNGEN

Neue Zeitschrift für Auseinandersetzung

In Österreich ist die erste Ausgabe vom »Tagebuch« erschienen. Der Platz, den das Heft einnehmen will, so die These der Redaktion, sei politisch und publizistisch unbesetzt. Man hofft auf die Bereitschaft vieler Interessierter, dieses Wagnis zu unterstützen. Bis Anfang Januar werden 1.500 Abonnements benötigt, ein Drittel war bei CONTRASTE-Redaktionsschluss zusammen. Bekannter historischer Vorläufer ist das 1969 entstandene »Wiener Tagebuch«, das 1989 seine Pforten schloss. Was im sehr ansprechend gestalteten 60-seitigen Heft alles zu finden ist, verrät ein Blick auf die Webseite. Die Erstausgabe (Auflage 10.000) ist im Bahnhofsbuchhandel zu finden. Ein Abo kostet in Deutschland 85 Euro.

Link: www.tagebuch.at

Brandstiftung an Hausprojekt

Ende Oktober hat es im Garten des Göttinger Hausprojekts Goßlerstraße 17/17a gebrannt. Der Geruch von Brandbeschleuniger und in der Umgebung aufgetauchte rechte Schmierereien lassen die Hausbewohner*innen auf eine Brandstiftung durch Rechte schließen. Die Hausbewohnerin Luca Wolf erklärte in einer Pressemitteilung: »Wir sind betroffen und wütend. Gewalttätige Übergriffe von rechts häufen sich in den letzten Jahren, auch in Göttingen. Aber wir lassen uns nicht einschüchtern, denn in Zeiten des gesellschaftlichen Rechtsrucks ist es wichtiger denn je, gegen Menschenfeindlichkeit und Faschismus solidarisch zusammenzustehen.«

Kartenhaus Kollektiv hört auf

Das Druckerei-Kollektiv »Kartenhaus« in Regensburg schließt Ende 2019. Die Entscheidung wurde im Konsens getroffen. Zur Begründung schreiben die Kollektivistas: Der Markt für kleine, lokale Druckereien werde zunehmend schwieriger, die Internetdruckereien fingen den kleinen Druckereien viel Umsatz weg. Ihre Produktionsweise sei vielleicht umsichtiger und leidenschaftlicher, könne aber ökonomisch nicht mithalten. Zwei der fünf Gesellschafter*innen wollen altersbedingt aufhören, Nachwuchs gab es keinen: »Gemeinsam aufzuhören, war für uns alle eine schöne Vorstellung.« Vielleicht gibt es zu diesem Anlass noch ein Fest.

Link: www.kartenhauskollektiv.de

ANZEIGE

NEUES VON VIO.ME

Der Einheitslohn soll sich verdoppeln

▲ Kämpferische Stimmung in den Produktionshallen von vio.me Foto: Lenkeit/Klässig

Vio.me ist der wohl bekannteste Betrieb Griechenlands, der von Mitarbeiter*innen selbständig geführt wird. Seit sieben Jahren ist der Betrieb von der Belegschaft besetzt, seit sechs Jahren produzieren sie Seife, nach und nach kamen weitere Reinigungsmittel für den Haushalt hinzu. Seit 2016 sind sie auch rechtlich eine soziale Kooperative. In Deutschland können die Produkte online bestellt werden.

ANJA LENKEIT UND DAVID KLÄSSIG, KÖLN

Vor zwei Jahren haben wir vio.me im Osten der zweitgrößten Stadt Griechenlands, Thessaloniki, besucht. Die ehemalige Muttergesellschaft FILKERAM, welche zwischen 2000 und 2006 hohe Gewinne erzielte, meldete Insolvenz an und nach Lohnkürzungen, stellte sie die Lohnauszahlungen ganz ein, bevor sie die Schließung des Werks 2011 ankündigte, ohne den Mitarbeitenden zu kündigen, sodass diese keinen Anspruch auf das einjährige Arbeitslosengeld hatten. Der Geschäftsführer verließ das sinkende Schiff und 25 Mitarbeiter*innen entschieden sich, das Gelände in drei Schichten zu bewachen, um es vor Plünderungen zu schützen und instand zu halten.

Derweil wurden andere Mitarbeiter*innen in Tochterfirmen übernommen oder ihnen wurde versprochen, dass sie ihren ausstehenden Lohn bei einem Verkauf des Geländes erhielten. So erreichte der Besitzer eine interne Spaltung. Für die verbliebenen Mitarbeiter*innen war es eine schwierige Abwägung, es war eine harte, lebensverändernde Entscheidung, eine Unternehmung dieser Größe selbständig zu führen. Sie produzieren nun auf einem Siebtel des zur Zwangsversteigerung freigegeben Geländes. Für die meisten von ihnen gilt, dass die kollektive Arbeit sie politisiert hat und nicht andersherum. Dies ist ein bis heute andauernder Prozess, der wohl nie endet. Die Krisensituation hat sie bestärkt, ein Beispiel für anderes Wirtschaften zu sein. Unterstützung erhält die Belegschaft von einem Solidaritätskomitee.

Vortragsreise durch Deutschland

Makis, Mitarbeiter von vio.me, ist gerade in Deutschland unterwegs und berichtet über die aktuelle Entwicklung. Zurzeit hat vio.me 25 Mitglieder und 15 Arbeiter*innen. Sie alle erhalten den gleichen Lohn und der Betrieb steht unter der Verwaltung der Arbeiter*innen. Jeden Morgen findet eine Versammlung statt, auf der die Aufgaben des Tages, aber auch private Probleme, besprochen werden. 85 Prozent der Entscheidungen werden hier im Konsens getroffen. Manche Entscheidungen können allerdings nur durch Mehrheitsentscheidungen verabschiedet werden, dies hat schon zum Weggang von Mitgliedern geführt. Die Erfahrungen aus der gewerkschaftlichen Arbeit kamen den basisdemokratischen Prozessen zugute. Trotzdem war es zu Beginn schwierig. Es gibt keine Leitung, die Arbeitsaufträge delegiert, sondern alle Abläufe sind transparent und werden eigenverantwortlich betreut.

Zurzeit verdienen die Mitarbeiter*innen alle etwas mehr als die staatliche Sozialhilfe bezahlen würde, also rund 360 Euro, damit sind sie aber von den staatlichen Sozialversicherungen ausgeschlossen. Trotzdem ist es zu wenig, um eine Familie zu ernähren. Daher haben sie auf ihrer Vollversammlung entschieden, dass sich der Lohn perspektivisch verdoppeln soll. Da der Lohn nicht aus der Solidaritätskasse, sondern den Umsätzen bezahlt wird, arbeiten sie intensiv an der Erweiterung ihres Verkaufsnetzwerkes. Ihren Prinzipien bleiben sie dabei treu: Sie wollen keine Supermarktketten beliefern und ihre Abnehmer*innen persönlich kennenlernen und eine Beziehung aufbauen. In Griechenland versuchen sie weiter das Vertrauen ihnen gegenüber im Einzelhandel aufzubauen und in vielen kleinen Bioläden werden ihre Produkte schon angeboten. Sie erwarten keine Unterstützung vom Staat – auch wenn sie mit einer Kommune im Gespräch sind und ein Krankenhaus ihre Produkte kauft. Die staatlichen Einrichtungen sind aufgrund der finanziellen Einsparungen keine zuverlässigen Kunden und vio.me tritt erst mal in Vorkasse. Trotzdem verkündet Makis augenzwinkernd »solange es eine Stadt gibt, werden wir auch an eine Stadt verkaufen«.

Aktuell erzielen sie 60 Prozent der Einnahmen aus dem Verkauf. Die Räume von vio.me werden, neben der Produktion und den täglichen Versammlungen, auch von einer Arbeiter*innen-Klinik genutzt, die von fünf Ärzten unterstützt wird. Menschen ohne Sozialversicherung können sie aufsuchen. Ebenso existiert ein Lager für Kleidung und Erste-Hilfe-Produkte für Geflüchtete. Die Belegschaft organisiert gemeinschaftliche Theaterabende und Street-Art Künstler haben das Gelände verschönert. Vio.me versteht sich als politischer Faktor, der eine Basis zur Verfügung stellt und nicht nur als Betrieb. Daher vernetzen sie sich auch international mit rückeroberten Betrieben in Europa sowie in Venezuela und Argentinien.

Staatliche Repressionen

Sieben Jahre Besetzung heißt auch sieben Jahre Repressionen. Sie haben viele Termine mit dem Arbeitsministerium angesetzt, auch um Zeit zu gewinnen. Zurzeit ist die größte Sorge, dass der Strom abgeschaltet wird. Ihr oberstes Ziel ist es, dass die Produktion nicht eine Sekunde stillstehen soll. Sie würden sich bildlich gesprochen auf dem Gelände anketten. Doch der Strommast steht etwas entfernt vom Gelände und ist öffentlich zugänglich. Daher bitten sie um Spenden in Form von einem Stromgenerator oder Gelder für die Beschaffung. Der Generator soll mit Biotreibstoff laufen und überschüssiger Strom soll an die Gemeinde weitergeben werden.

Der solidarische Austausch mit der Gesellschaft ist ungemein wichtig für die Belegschaft. Zum zweiten Mal haben sie auf ihrem Gelände zum coopenair-Festival eingeladen, auf dem Kunst, Kultur, Diskussion, Kinder- und Musikprogramm angeboten werden. Neben vielen Gästen haben zwanzig Kooperativen teilgenommen und mitgewirkt. Das dritte Festival für 2020 ist bereits in Planung und alle Leser*innen sind herzlich eingeladen. In diesem Jahr haben 7.000 Menschen an dem Festival teilgenommen.

Auf der einen Seite ist der Austausch mit anderen Kooperativen für die Arbeit, auf der anderen Seite ist die Sichtbarkeit der Unterstützer*innen relevant, um zu zeigen, dass sie personelle Unterstützung im Widerstand gegen Repressionen und eine mögliche Räumung aufbringen. Die Angst vor einer Räumung läuft immer mit, wenn ein Termin zur Zwangsversteigerung ansteht. Die letzte Gerichtsverhandlung im Jahr 2019 ist vorbei, die Zwangsversteigerung erneut gescheitert. Trotzdem steht die Forderung, das Gelände der vio.me aus dem Versteigerungsgrund herauszunehmen, weiterhin im Raum. Die Staatsanwaltschaft hat den Mitarbeiter*innen nun erstmals eine Anzeige aufgrund illegaler Besetzung vorgelegt. Es wird vermutet, dass sich das Klima verschärft und hiermit Angst geschürt werden soll. Makis gibt sich weiterhin kämpferisch: »Sie wissen nicht, mit wem sie es zu tun haben, sie hätten die Polizei dazu befragen können.«

Wir lernen reisend

Anja Lenkeit und David Klässig sind Sozialwissenschaftler*innen, die im Zuge mehrerer Forschungsreisen selbstorganisierte Projekte in Griechenland und Spanien besucht haben. Das Ziel war es, mit den Beteiligten über die Themen Soziale Bewegungen, Selbstorganisation und Institutionalisierung zu sprechen, um sich ein eigenes, ungefiltertes Bild zu verschaffen. Im Sinne der Projekte und der dahinterstehenden Philosophien sind sie zu dem Schluss gekommen, dass sie diese für alle interessierten Personen zugänglich machen möchten. Jeden Monat stellen sie in der CONTRASTE eines der Projekte vor.

Mehr auf ihrem Blog unter: www.wirlernen-reisend.wordpress.com

NETZWERK NEWS

NETZWERK der politische Förderfonds

Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Herzlichen Glückwunsch, Thüringen!

Seit dem Urteil des Verfassungsgerichts Meinigen kann Bernd Höcke amtlich als Faschist bezeichnet werden. Auch wenn das Urteil zunächst redundant anmutet, ist es irgendwie schön, wenn man Dinge beim Namen nennen kann. Vor allem weil die Strategie der »Selbstverharmlosung« à la Kubitschek im rechten Promotion-Management immer noch en vogue ist: faschistisch denken, faschistisch reden und handeln – aber partout nicht Faschismus heißen wollen.
Wer hätte gedacht, dass das stupide »Ich bin kein Nazi, aber … « sich über Jahre in den Top Fünf der Selbstverleugnungen halten würde. Das ist fast so, als wenn sich ein brauner Haufen aus der noch warmen Schüssel heraus als schmackhaftes Menü verkauft. Jede*r müsste es riechen, sehen oder zumindest schmecken, aber einige scheinen einfach nicht wissen zu wollen, was sie sich in den Mund schieben. Da tut es dann doch gut, wenn man amtlich bestätigt ... und so weiter ... Ein Faschist bleibt ein Faschist. Egal, ob mit Glatze oder im Hipsterkostüm, egal ob ökoesoterisch verpackt oder bürgerlich angemalt. Es macht keinen Unterschied, unter welchem Label er faschistisch denkt, redet und handelt. Er zeigt sich durch seine Menschenverachtung, durch seinen Hang zur Unfreiheit und Gewalt, durch seinen Willen zur Macht und durch seine prinzipielle Humorlosigkeit, vielleicht noch durch seine ungewollt groteske Humoristik. Umso wichtiger ist es, rechte Positionen aufzuschlüsseln und – entgegen aller Befürchtung von Redundanz – immer wieder offen zu legen, inwiefern gängige Denkmuster an autoritäre und faschistische Ideologien anknüpfen.

10 Jahre »Straßen auf Zucker«

»Straßen aus Zucker« ist eine kostenlose antinationale Jugendzeitung, die von der Berliner Gruppe TOP B3rlin und Einzelpersonen herausgegeben wird. Sie erscheint etwa dreivierteljährlich, wird im gesamten deutschsprachigen Raum gelesen und feiert dieses Jahr bereits ihr zehnjähriges Jubiläum – herzlichen Glückwunsch! Ziel ist es, linke Theorie und Fragestellungen für Jugendliche mit aktuellen Themen aufzuarbeiten und an die Frau zu bringen. Themenschwerpunkte der letzten Ausgaben waren u.a. Alltag und politisches Handeln; Kommunismus & Realsozialismus; eine gepfefferte Kritik an Staat, Nation & Kapital; Religionskritik; Liebe, Sex und Freund*innenschaft; Rassismus und die Proteste der Geflüchteten; Reaktionäre Bewegungen, befreite Gesellschaft und Utopien und wie wir leben wollen. Seit 2012 erscheinen unregelmäßig auch englischsprachige Ausgaben »Routes Sucrées/Streets of Sugar« und seit 2014 auch spanische oder tschechische Ausgaben. Zudem können wir sämtliche Artikel auch online lesen. Nicht mehr lange und die Welt wird frei und ihre Straßen aus Zucker gepflastert sein. Dankeschön! Und auf die nächsten zehn Jahre!

Weitere Informationen: https://strassenaus-zucker.tk

Maina Rariér Kilre

PAT*INNEN UMSORGEN EINEN GEMEINSCHAFTSTISCH IM GRÜNEN

Bedrohtes Idyll

»Lange Tafel am Kölner Sachsenring steht vor dem Aus« las man im Juli in der Kölner Lokalzeitung. Ein Schock für die vielen Nutzer*innen eines in Kölns Südstadt-Viertel zur Attraktion gewordenen 28 Meter langen einfachen Holztischs mit Bänken.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

▲ Für die lange Tafel in Köln werden noch zuverlässige Pat*innen gesucht, um das Projekt vor dem Aus zu retten. Foto: Uschi Huber

Seit zweieinhalb Jahren steht er auf einem Grünstreifen, der einmal ein Park gewesen ist. Die Stadt hatte ihn zu ödem Straßenbegleitgrün verkommen lassen. Aber mittlerweile sieht man zu jeder Zeit Menschen auf den Bänken. Sie klönen oder lesen, lernen oder feiern. Junge und Alte, Einheimische und Touristen können hier, umgeben von Bäumen und frei von Konsumzwang, im Freien eine Atempause genießen. Hier kommt man auch manchmal ins Gespräch mit bislang Unbekannten. Hier spannt man in der Mittagspause vom Bürostress aus. Schüler*innen des benachbarten Gymnasiums tauschen sich aus. Es wurde auch schon mal hier unterrichtet. Mütter stillen Babys, Geburtstagsgesellschaften prosten sich zu. Es hat auch mal ein Brettspielfestival gegeben. Alles schön – aber es ist kaum zu fassen, wie viel Müll sich Tag für Tag an diesem Ort sammelt: Kippen und Kronkorken, Plastikverpackungen, Getränkedosen, Essensreste, Kaugummi und Butterbrotpapier.

Die Stadt Köln droht, die beliebte lange Tafel wieder abzubauen, wenn die Müllsituation sich nicht entscheidend verbessert. Seit 2018 hat sich ein Tischpat*innenkreis zusammengefunden, um Abhilfe zu schaffen und den Abbau abzuwenden. Die Journalistin Jeannette Fentroß gehört dazu. Birgit Müller-Jaeger, die in der benachbarten Werbeagentur tätig ist, erinnert sich: »Vor zwei Jahren im Sommer bin ich mit Kolleginnen hier lang gegangen, und wir haben verzweifelt eine Bank gesucht und haben gedacht: Das kann doch nicht wahr sein - ein so langer Grünstreifen und nicht eine einzige Sitzmöglichkeit?«

»Dieser Bereich war völlig tot«, so die engagierte Tischpatin, die immer wieder Müll beseitigt. Inzwischen haben sie und ihre Kolleg*innen Tafeln auf der Tischplatte befestigt, auf denen die Nutzer*innen lesen können: »Schön, dass ihr hier seid. Aber denkt daran: Räumt euren gesamten Müll weg. Sonst lässt die Stadt Köln den Tisch leider wieder abbauen.« Die Bitte, sich als Mithelfende zu melden, schließt sich an – bisher leider mit zu wenig Erfolg, gerade auch bei den Schülerinnen und Schülern des Humboldt-Gymnasiums gleich gegenüber. Da gibt es zwar Umwelt-AGs und Fridays for Future, aber die unmittelbare Umgebung scheint weniger zu interessieren.

Der Pat*innen-Kreis besteht aus zehn Menschen, die sich bemühen, den angedrohten Abbau abzuwenden. Jeannette Fentroß erläutert: »Wir waren erst mal eine Handvoll Menschen, die das schade fand, und dann haben wir eine Online-Petition in Gang gebracht und hatten innerhalb von ein paar Wochen über 500 Fürsprecher für den langen Tisch gesammelt.« Daraufhin wurde die Genehmigung für die Nachbarschafts-Tafel dann verlängert, aber wiederum befristet und mit der Auflage, selbst für Sauberkeit und Instandhaltung zu sorgen. Das ist auch deswegen nicht einfach, weiß Tischpate Andreas Dengler, »denn es gibt nur einen einzigen Mülleimer, und der steht zudem auch noch etwas versteckt. Man muss erst mal danach suchen!«

Zuständig für Abhilfe durch weitere Abfallbehälter wäre das Grünflächenamt. Das aber mauert, »weil die ja auch letztlich von der Bezirksvertretung genötigt wurden, eine ursprünglich von denen als temporär gedachte Genehmigung zu einer Dauergenehmigung umzuwandeln, was eben nicht den normalen politischen Prozessen entspräche.«

Ohne Verzehrzwang entspannen

Ursprünglich ins Leben gerufen wurde die kleine Idylle zwischen Fahrbahnen und Tramtrasse von den beiden Künstlern Uschi Huber und Boris Sieverts 2017 im Rahmen eines »Stadtlabors«, das auf sechs Monate begrenzt war. Aber jetzt beharrt nicht nur die Bürgerinitiative darauf, dass sie bleiben soll: »Sie gibt einem das Gefühl, dass eine Großstadt auch lebenswert sein kann, ohne dass es gleich überinszeniert ist. Mit einfachen Mitteln hat man plötzlich so eine Community, ein bisschen urbanes Wohlsein«, meint Agenturchef Andreas Dengler. Er findet, »dass es schön ist, sich irgendwohin zu setzen und zehn Minuten einfach mal nur ins Grüne zu schauen, ohne dass man gleich nach einem Kaffeewunsch gefragt wird.« Andreas Dengler versteht den Langen Tisch am Sachsenring entlang der (längst eingeebneten) alten Stadtmauer auch als »Appell, dass mehrere Plätze in Köln oder auch in anderen Großstädten nutzbarer und bürgernäher gestaltet werden könnten.«

»Hier sind keinerlei Anwohner, man kann grillen, man kann Musik machen, Partys feiern – man stört niemanden«, schwärmt Agenturkollegin Birgit Müller-Jaeger. Die Pat*innen haben auch schon blaue Müllsäcke an Bäume gehängt vor so einer Party – doch die blieben leider leer: »Das sind doch nur drei Schritte!«

»Man muss halt dranbleiben«, betont Jeannette Fentroß. »Bis jetzt waren wir ja erfolgreich als selbstbestimmte Initiative, die bereit ist, sich für diesen Treffpunkt zu engagieren. Wir sind immer noch sehr motiviert, aber erkennen auch, dass es kein leichter Weg ist und müssen gucken, ob er gangbar bleibt. Denn tatsächlich hangeln wir uns von temporärer Genehmigung zu immer weiteren temporären Zusagen. Mehr Schultern wären schön. Es wäre toll, wenn die Gemeinschaft wachsen würde.«

Und wer weiß – vielleicht kann am Sachsenring rund um den Langen Tisch sogar wieder ein richtiger Park entstehen mit Springbrunnen wie damals Ende des 19. Jahrhunderts? Dafür müsste die zweite Fahrbahn entlang der einstigen Stadtmauer verschwinden, stattdessen ein Fahrradweg durchs Grüne angelegt werden. Die Initiative »Stadtoasen«, die sich für die Revitalisierung von Plätzen und Grünanlagen in der Kölner Innenstadt einsetzt, arbeitet daran.

BÜNDNIS »MÜNCHEN MUSS HANDELN«

Forderungen von Fridays for Future lokal umsetzen

Erst seit Juni gibt es »München muss handeln«, das sich hinter die Forderungen von Fridays for Future stellt. In den letzten Monaten hat das Bündnis einiges auf die Beine gestellt. Ein Rückblick.

CHRISTIANE STENZEL, MÜNCHEN MUSS HANDELN

Alles begann im Sommer mit einer groß angelegten Anzeigenkampagne. 125 Unternehmen, Organisationen und Verbände stellten sich geschlossen hinter die 31 Forderungen von Fridays for Future München. Mit ganzseitigen Anzeigen in der Tagespresse forderte das Unterstützerbündnis die Umsetzung dieses Forderungskatalogs. Quasi über Nacht wurde die Webseite www.muenchen-muss-handeln.de an den Start gebracht.

Mitte Juli fand auf dem Tollwood Sommerfestival das erste Plenum mit rund 80 Bündnispartnern statt. Das einhellige Motto unter den Teilnehmern lautete an diesem Vormittag: »Tschüss ego!« Bis zur Kommunalwahl im März 2020 wollen die Bündnispartner mit Aktionen im öffentlichen Raum den Stadtrat zum Handeln bewegen – und sich mit allen verfügbaren Ressourcen in den Dienst dieser Sache stellen.

Seitdem findet tatsächlich ein zivilgesellschaftlicher Schulterschluss statt, der seinesgleichen sucht: Quer durch die Stadtgesellschaft fanden sich bislang über 400 Münchner Unternehmen, NGOs und Verbände bei »München muss handeln« zusammen – und fordern vom Münchner Stadtrat umgehende und adäquate Maßnahmen, um die Ziele des Klimaschutzabkommens von Paris einzuhalten. Täglich melden sich weitere Organisationen und Unternehmen, die dem Bündnis beitreten möchten.

Der (Klima)Krisenstab

Um zu zeigen, was die politisch Verantwortlichen im Münchner Rathaus versäumt hatten, berief das Bündnis einen (Klima)Krisenstab ein. Die zentrale Aufgabe des (Klima) Krisenstabes soll es sein, sich mit unterschiedlichsten Aktionen aktiv in die Stadtpolitik einzubringen und die von der Gesellschaft gewählten Politiker*innen bis zur Kommunalwahl immer wieder an ihre Verantwortung gegenüber den Bürger*innen zu erinnern. Er soll an unterschiedlichsten Orten in München öffentlich und öffentlichkeitswirksam sichtbar werden. Hier gab es tolle Unterstützung von Seiten der Bündnispartner, viele stellten ihre Büroräume zur Verfügung.

Auf dem Streetlife Festival, das Anfang September stattfand, nahm der (Klima)Krisenstab erstmals öffentlich seine Arbeit auf. Bürger*innen und Pressevertreter*innen waren im Zelt zum konstruktiven Austausch herzlich eingeladen – leider blieb der Besucheransturm wegen des schlechten Wetters aus. Nichtsdestotrotz: Das Team war motiviert und einsatzbereit.

Zum Klimastreik am 20. September waren alle Bündnispartner aufgefordert, ihre Kontakte zu mobilisieren. Auf der Homepage von »München muss handeln« konnten sich Streikende auf einer Karte eintragen, die so sichtbar machte, wie und wo München an diesem Tag »lahmgelegt« wurde. Am Streiktag selbst hatte das Bündnis die Gelegenheit, an einem Stand am Königsplatz den Streikenden das Bündnis vorzustellen – und nicht nur das: Auf der Bühne räumten Fridays for Future Zeit für eine kurze Rede ein und »München muss Handeln« wurde über 40.000 anwesenden Menschen vorgestellt.

Was aktuell passiert

Aktuell arbeitet das Bündnis an einem Informationstool, das auf der Homepage über die einzelnen Positionen politischer Parteien zu den Forderungen von Fridays for Future informiert. Dafür haben sich Expert*innen gefunden, die das Tool inhaltlich aufbereiten und programmieren.

Nächster sichtbarer Einsatzort für den (Klima)krisenstab ist das Tollwood Winterfestival. Vom 26. November bis zum 23. Dezember 2019 wird das Team in einem künstlerisch gestalteten Container im Eingangsbereich des Festivals auf der Münchner Theresienwiese seiner Arbeit nachgehen. Für die Zeit bis Weihnachten ist dort ein komplettes Programm unter aktiver Beteiligung der Bündnispartner geplant.

Und »München muss handeln« zieht Kreise über die Landeshauptstadt hinaus: Das Bündnis steht mit zahlreichen Städten im Austausch. »Augsburg handelt« ist bereits am Start, ebenso wie »Hamburg muss handeln« – um nur zwei zu nennen.

Kontakt:
krisenstab@muenchen-muss-handeln.de
Link: www.muenchen-muss-handeln.de
Twitter: @M_muss_handeln

ANZEIGE

ALLTAG IN VENEZUELA ZWISCHEN INDIVIDUALISMUS UND SOLIDARISCHER BEWÄLTIGUNG

»Die Krise hat uns neue Erfahrungen gebracht«

Der Kooperativenverbund Cecosesola betreibt in der Großstadt Barquisimeto in Venezuela unter anderem mehrere Wochenmärkte, ein Gesundheitszentrum und ein Beerdigungsinstitut. Angeschlossen sind zahlreiche Landwirtschafts- und Produktionsgenossenschaften. Nach fast fünf Jahrzehnten haben sie viel Erfahrung mit kollektiver Arbeit, Versammlungen und Konsensentscheidungen. Alix Arnold sprach mit Lizeth, Noël und Jorge darüber, welche Auswirkungen die Krise in Venezuela auf ihren Alltag hat und wie sie die Probleme angehen.

▲ Immer viel los: Wochenmarkt der Kooperative Cecosesola

Foto: Cecosesola

Die Knappheit an Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs hat zu Problemen bei euren Wochenmärkten geführt, auf denen ein Viertel der Bevölkerung der Millionenstadt Barquisimeto einkauft. Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen um den Einlass kam es sogar zu Todesfällen. Ihr habt ein System von Mitgliedsausweisen und vorher zugewiesenen Einlasstickets entwickelt. Wie ist die aktuelle Situation?

Noël: Wir haben die Ausweise eingeführt, um mehr Gleichberechtigung herzustellen. Vor etwa drei Jahren begannen wir mit dem Prozess, uns in den Schlangen zu organisieren. Es hat sich gut entwickelt, weil wir auf allen Märkten gelernt haben, die Reihenfolge in den Schlangen zu respektieren.

Jorge: Es gibt immer noch die Knappheit bei den Lebensmitteln, aber sie ist inzwischen relativ. Vor etwa acht Monaten beschlossen wir in der Gemeinschaft, dass jede Familie nur ein Kilo Nudeln oder Reis kaufen durfte. Es musste geteilt werden. Heute ist die Situation insofern anders, dass die Produkte zwar nicht in dem Ausmaß früherer Jahre vorhanden sind, aber doch in ausreichender Menge, um drei oder vier Kilo Maismehl, Reis oder Nudeln auszugeben. Wenn wir den Leuten jetzt an der Kasse sagen, dass sie mehr mitnehmen können, antworten sie, dass sie dafür nicht genug Geld haben. Zurzeit spitzt sich das Problem der fehlenden Kaufkraft zu. Es gab wohl eine Entscheidung der Zentralbank, den Geldfluss einzuschränken, um die Hyperinflation zu bremsen, was erhebliche Auswirkungen auf die Kaufkraft hat.

Wie ist die Lage bei den Landwirtschafts- und Produktionsgenossenschaften?

Lizeth: Die meisten Betriebsmittel und Produkte in Venezuela werden in US-Dollar gehandelt. Offiziell gilt weiterhin unsere Währung Bolívar, aber die Praxis sieht anders aus. Für uns wurde das zum Problem, als wir Betriebsmittel und Saatgut nur noch für Dollars kaufen konnten. Der kolumbianische Peso wird zurzeit im Land immer gebräuchlicher. Es ist schon normal, dass Leute auf dem Wochenmarkt mit kolumbianischen Pesos bezahlen. Mit denjenigen, die für die Märkte produzieren, fahren wir gemeinsam nach Kolumbien, um landwirtschaftliche Betriebsmittel und Saatgut zu besorgen. Da haben wir mittlerweile einige Erfahrung. Bei den ersten Reisen waren wir noch zögerlich beim Einkauf, weil wir erst sehen wollten, ob das Saatgut ertragreich ist, wie es sich in unserem Boden und Klima macht.

Jorge: Ein Beispiel dafür, wie alltäglich die Dollarisierung ist: In den Vierteln am Stadtrand gibt es kein Wasser. Dort organisieren sich Familien in ihrer Nachbarschaft und bestellen gemeinsam einen Tankwagen mit Wasser, um wenigstens eine Zeitlang Wasser im Haus zu haben. Der Fahrer, der das Wasser bringt, verlangt die Bezahlung oft in Dollar. Oft werden um ein Vielfaches erhöhte Preise verlangt. Es ist schon extrem, wie die Leute sich gegenseitig ausnehmen.

Noël: Der Bolívar ist nur noch Fassade. Alle Kostenvoranschläge werden in Dollar gemacht und müssen dann zum Tageskurs bezahlt werden. Die Einkommen werden in der Regel in Bolívares gezahlt, aber alle Rechnungen müssen nach dem aktuellen Wechselkurs bezahlt werden.

Jorge: Und der Dollarkurs steigt rasant!

Welche Beispiele für Solidarität in der Krise kennt ihr außerhalb von Cecosesola? Welche Rolle spielen Basisorganisationen des Chavismus, wie etwa die kommunalen Räte?

Lizeth: In Cabulare, wo ich vorher gelebt habe, beschränken sich die kommunalen Räte auf die Verteilung der bolsa, der staatlich finanzierten Tüten, die hauptsächlich Lebensmittel enthalten. Früher waren darin auch Produkte aus Mexiko, Brasilien oder der Türkei, heute sind es nur Landesprodukte. Wo ich jetzt lebe, bei meinen Großeltern, gibt es keinen kommunalen Rat. Von daher organisieren wir die solidarische Hilfe untereinander in der Nachbarschaft. Einer unserer Nachbarn hat drei Wassertanks und hat sein Wasser mit anderen geteilt. Das hat bis letzte Woche gereicht. Dann waren wir sieben Tage ohne Wasser, bis gestern neues kam.

Jorge: Auch an Gas zu kommen ist schwierig. Hier bei uns wurde versucht, das über den kommunalen Rat zu organisieren, aber das dauert sehr lange. Unsere Gasflasche steht dort schon seit zehn Tagen,aber es kommt kein Gas. Das Gas ist staatlich, von der PdVSA, aber das wird dann auch meist verschachert. Dann kommt bei der Knappheit noch hinzu, dass die US-Sanktionen sehr viel Schaden anrichten. Es kann praktisch nichts mehr importiert werden, weil alle, die nach Venezuela exportieren, von der US-Regierung mit Sanktionen bedroht werden.

Noël: Es fehlen Wasser, Haushaltsgas, Strom, Transportmittel – das ist eine umfassende Krise. Nicht, dass es diese Dinge im Land nicht gäbe, schließlich sind wir einer der größten Gasproduzenten! Die Stromausfälle geschehen wegen fehlender Wartung. Das alles liegt zum Großteil in der Hand des Staates, der es nicht schafft, die Versorgung aufrechtzuerhalten. Diese Dienstleistungen sind alle zusammengebrochen. In unserer Organisation suchen wir immer nach alternativen Lösungsmöglichkeiten, aber in den Familien und allgemein in Venezuela ist diese Krise sehr heftig.

Interessant fand ich euren Ansatz, einerseits einen Fonds für private Autoreparaturen einzurichten, andererseits Privatfahrzeuge zu kollektivieren. Für viele Leute in Deutschland wäre das undenkbar. Gelingt es auf diese Weise, den Transport bei Cecosesola aufrechtzuerhalten?

Lizeth: Das hat sich aus der Praxis entwickelt. Wenn Compañeros bei mir in der Nachbarschaft wohnen, nehme ich sie zum Markt oder zum Gesundheitszentrum mit. Wir haben Fahrgemeinschaften gebildet. Bei dem Fonds ist es jetzt ein wichtiges Kriterium, dass das Fahrzeug auch für Fahrgemeinschaften und kollektive Aktivitäten genutzt wird. Das war nichts Erzwungenes, weil wir es sowieso schon praktiziert haben. Aber mit Compañeros und Compañeras, die dem Fonds beitreten und diese Praxis vielleicht noch nicht hatten, wird es jetzt so vereinbart. Zurzeit begeistern wir uns gerade für Fahrräder. Wir wollen uns mit Fahrrädern fortbewegen, weil wir den Klimawandel und alles, was mit dem Planeten passiert, jetzt viel ernster nehmen. Greta Thunberg hat uns motiviert.

Ist es denn einfach, an Fahrräder zu kommen?

Jorge: Das ist auch nicht einfach, aber wir freuen uns, dass wir das Thema am Ende des Aufenthalts von Yaneris und Felipe angesprochen haben, die im Rahmen unseres Austauschs mit den Kommunen Lossehof, Karlahof und Ulenkrug hier waren. Die Compañeros dort gucken jetzt, was sich da machen lässt.

Lizeth: Eine erste Idee besteht darin, mit Hilfe einer Kampagne Räder zu sammeln, die nicht benutzt werden, wie sie es auch in den Kommunen in Deutschland machen, die Jorge gerade genannt hat. Compañeros, die sich dafür interessieren, fragen bei Freunden und Bekannten nach. Ich habe fast mein ganzes Urlaubsgeld in ein Fahrrad investiert.

Ist das mit den Fahrrädern die Idee von ein paar Verrückten oder ist sie bei Cecosesola schon verbreitet?

Lizeth: Tatsächlich habe ich das als Verrückte angefangen. Ich bin die erste Frau, die mit dem Rad zu den Märkten fährt. Gründe waren für mich die Sorge um den Planeten, und dass ich mein Auto nicht mehr halten konnte, aber auch wusste, dass es viel Kohlendioxid produziert. Anfangs hieß es: »Du bist ja verrückt, das ist doch viel zu gefährlich.« Ich habe mir das Fahrrad gekauft und möchte jetzt auch andere Compañeras dazu motivieren. Der öffentliche Nahverkehr wird immer teurer.

Wegen der Krise haben Millionen Menschen das Land verlassen. Sind bei Cecosesola auch viele gegangen? Sind das eher individuelle Entscheidungen, oder wird das diskutiert?

Lizeth: Etwa 130 Compañeros und Compañeras haben Cecosesola verlassen, weil sie ins Ausland gegangen sind oder sich für andere Wege entschieden haben. Wir sprechen darüber auf den Versammlungen, über die Gründe und die Gefühle, aber es bleibt eine persönliche Entscheidung.

Jorge: Von den 130 ist etwa die Hälfte ins Ausland gegangen. Das ist proportional weniger als im Landesdurchschnitt, wo bei einer Bevölkerung von 36 Millionen schätzungsweise vier Millionen ausgewandert sind.

In Krisenzeiten kann es im schlimmsten Fall zu einem »Rette-sich-wer-kann«, zu einem Kampf aller gegen alle kommen, oder aber zu neuen Formen von Kollektivität. Bei Cecosesola gelingt es bislang offensichtlich, solidarische Wege zu finden.

Lizeth: Teilen ist im Überfluss viel einfacher als in einer Mangelsituation. Wir reden ständig darüber, wie wir Lösungen finden können. Dabei sind schöne Diskussionen entstanden über den Individualismus, das Streben nach der Anhäufung von Dingen und die Konkurrenz, die in uns allen stecken. Diese Krise hat uns neue Erfahrungen gebracht. Das ist ein interessanter Prozess. Man sagt, dass in der Krise die wahren Chancen liegen. Das können wir bestätigen. Die Chance, kreativer und untereinander kritischer zu sein und uns in diesem Prozess gegenseitig zu begleiten.

(gekürztes) Interview vom 26.7.2019 per Skype und Übersetzung: Alix Arnold
Erstveröffentlichung in ila 428 mit dem Schwerpunkt Venezuela, September 2019.
www.ila-web.de

ANZEIGE

FUX EG, HAMBURG

Welchen Preis hat das Leben in der Stadt?

Die Genossenschaft fux eG wurde im Jahr 2013 von 113 Mitgliedern gegründet. Sie kommen vorwiegend aus der aktivistischen Gewerbehofinitiative »lux & Konsorten« sowie dem künstlerisch orientierten gemeinnützigen Verein »frappant«. Beide Gruppen waren vorher im Bezirk Altona an diversen Besetzungen und Zwischennutzungen beteiligt. Im Februar 2015 kaufte die Genossenschaft eine denkmalgeschützte preußische Kaserne für 1,85 Mio. Euro. Seitdem saniert sie das Bauwerk mit einem Volumen von ca. zehn Mio. Euro.

FRANK JOHN, HAMBURG

▲ Die ehemalige Kaserne in Hamburg Altona, ein wilhelminisches Backstein-Ungetüm, sieht durch die fux eG einer gemeinschaftsgetragenen Zukunft entgegen. Foto: Jakob Börner (fux eG)

Die Genossenschaft fux eG organisiert gegenwärtig 251 nutzende und 252 investierende Mitglieder. Voraussetzung für eine nutzende Mitgliedschaft ist die Zeichnung von sechs Genossenschaftsanteilen à 500 Euro. Für eine investierende Mitgliedschaft genügt ein Mindestanteil von 500 Euro. Angesichts der Besonderheit des Bauwerkes und seiner Nutzerinnen liegen Bauleitung, Baubetreuung, Controlling und Entwicklung der Selbstverwaltung in den Händen der fux eG. Die verschiedenen nachfolgend skizzierten Problemlagen können insofern konflikt- aber auch lösungsorientiert im Interesse der Genossenschaft verhandelt werden.

Komplexe Fragen suchen schlaue Antworten

- Was sind 250 selbstständige Gewerbetreibende, Bildungsarbeiterinnen, Künstlerinnen? Eine Menge Leute, die gewöhnlich ihre Entscheidungen allein treffen und für die eine gemeinsame Selbstverwaltung eine konfliktreiche Herausforderung ist.
- Was sind 250 Bildungsvermittlerinnen, Designerinnen, Dienstleisterinnen, Handwerkerinnen, Kulturschaffende, Künstlerinnen aus vielen Berufen und Professionen? Ein bunter Haufen, der sehr verschiedene und kaum mehrheits- oder konsensfähige Positionen rund um die Fragen von Organisationsentwicklung, Sanierung, Mietpreis, Hausgestaltung aufweist.
- Was sind 250 Habenichtse, die eine Genossenschaft gegen die Bodenspekulation gründen? Eine organisatorische Antwort zu den hochpreisigen Mieten in den innerstädtischen Lagen Hamburgs und ein Gegengewicht zur Vertreibung und Schließung der kleingewerblichen oder nichtkommerziellen Hinterhöfe. Oder Menschen, die eine günstige Miete als Alternative benötigen, da sie nicht einfach ihre Preise für ihre Produkte, Werke und Dienstleistungen erhöhen können oder wollen.

Wie viel Raum braucht jede einzelne Unternehmung, um produktiv tätig zu werden? Diese Frage steht für ein Mietfaktorenmodell, die verborgenen Kosten- und Gewinnfaktoren in der Miete sichtbar zu machen und preislich abzubilden. In der Selbstverwaltung in der Fux eG erweist sich die Miethöhe und Mietpreisgestaltung als zentrale Frage. Eine Wissensarbeiterin braucht häufig nur einen kleinen Arbeitsplatz, um tätig zu werden. Eine Handwerkerin benötigt oft größere Flächen. Der Umsonstladen sowie der Ausstellungsraum sind nicht-kommerzielle Projekte mit hohem Flächenbedarf. Die Verkehrsflächen im Bauwerk belaufen sich auf ca. 30 Prozent.

An dieser Schnittstelle diverser Nutzungen sind die Fragen von Eigennutz, Umverteilung, Solidarität, Mehrwert und sozialem Überschuss platziert. Davon ausgehend wurde Büroraum bei einer Kostenmiete von 4,80 Euro/qm mit einem höheren Faktor belegt. Er kostet 5,40 Euro, da diese Flächen verdichteter genutzt werden können. Der höchste Mietfaktor von zwei wurde für Lagerräume (= 9,60 Euro/qm) festgelegt als unproduktiver Raum. Oben genannter Umsonstladen und der Ausstellungsraum werden als querfinanzierte Solidarprojekte mit einem halben Faktor (2,40 Euro) berechnet. Mit dem gleichen Faktor sind Flurflächen der Quartiere belegt, um eine gemeinsame Verantwortung für Gestaltung und Nutzung abzubilden.

Begrenzte Ressourcen von Zeit und Geld

Die Zuteilung der Faktoren erfolgt ursprünglich nach Selbsteinschätzung. Bei einer Evaluation dieses Modells stellte sich heraus, dass in einzelnen Quartieren Genossinnen mit quasi identischen Arbeitsplätzen unterschiedliche Mietfaktoren zugrunde gelegt hatten. Entsprechend wurde das Mietmodell modifiziert. Im Zuge der Verhandlung brachen erhebliche Konflikte auf um unterschiedliche kommerzielle Interessen, soziale Identitäten, kommunikative Stressfaktoren und mentale Erschöpfungszustände. Vereinfacht gesagt: fünf Jahre Baustelle, anstrengende Verhandlungen und komplexe Diskussionsprozesse nach innen und außen, divergierende Interessenlagen, steigender Finanzbedarf (von ca. 7 auf 10 Mio. Euro mit Kreditbelastung von rund 7,6 Mio.) und konfliktbeladene Alternativen führen zu erheblichen Überforderungen.

Die Lösung – zurück zur Gewohnheit: Einheitsmiete mit Querfinanzierung der beiden sozialen Projekte und gegebenenfalls Bedürftigkeitsprüfung sind aktuell im Gespräch. Für eine Vielzahl höher eingestufter Genossinnen bedeutet das eine Mietsenkung, für andere mit niedrigem Faktor eine Mieterhöhung. Welchen Preis hat das Leben in der Stadt? Diese verräumlichte soziale Frage wird die Genossinnen und Bürgerinnen wohl noch lange begleiten. Die Genossenschaft als eigennützige Organisation kann mit dem offenen Experiment um ihre Mieten als gesellschaftlicher Spiegel gesehen werden. Ein gutes Leben gibt es nicht umsonst. Zeit, Geduld, Energie und Neugier sind begrenzte Ressourcen. Geld bleibt für die Genossenschaft knapp, als Kredit jedoch gerade bezahlbar.

Gemeinsam etwas ermöglichen

Der soziale Überschuss und kulturelle Mehrwert der fux eG sind im Stadtteil und für die Genossinnen dennoch spürbar: Dinge, die eine allein mit ihren Ressourcen nicht stemmen kann, werden in diesem Bauwerk mit seinen Nutzerinnen möglich sein. Die fux eG als solidarische Selbstorganisation erlebt dennoch aktuell eine Entfremdung, deren Ausmaß sich zurzeit noch nicht einzuschätzen und bewerten lässt.

Weitere Informationen:
www.fux-eg.org
hamburger bauheft 21: Die ehemalige Viktoria-Kaserne 1878-2017, 8,00 Euro im Schaff-verlag oder bei der fux eG.

KASERNE ABTRETEN! Studien zur Weiternutzung der Viktoria Kaserne Altona - Von staatlicher Disziplinierungsarchitektur zu einem Ort für Kunst, Arbeit und Soziales, 20 Euro via fux eG erhältlich.

FESTAKT IN HAMBURG

175 Jahre Redliche Pioniere von Rochdale

▲ Die Redlichen Pioniere von Rochdale etwa 25 Jahre nach der Gründung
Foto: Wikimedia mit freundlicher Genehmigung des Hamburger Genossenschaftsmuseums

28 hungernde Weber gründen 1844 die »Rochdale Society of Equitable Pioneers«, die Gesellschaft der Redlichen Pioniere von Rochdale. Sie ist bis heute eine Blaupause für das moderne Genossenschaftswesen. Der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) e.V. und die Zentralgenossenschaft eG gedachten im Oktober dieses Jahres in einem Festakt des 175. Jubiläums der Genossenschaftsgründung der Redlichen Pioniere von Rochdale im Jahr 1844. Rochdale ist eine Stadt im Gebiet von Greater Manchester im Norden Englands.

MARTIN WEIGELE, HOSTSHARING EG HAMBURG

Die 28 Weber zogen sich mit der Gründung der »Rochdale Society of Equitable Pioneers« ein Stück weit aus dem von Kinderarbeit und Hunger geprägten Sumpf des Elends, das die damalige industrielle Revolution in England für viele Zeitgenossen bedeutete. Es war zugleich die Geburtsstunde des internationalen Genossenschaftswesens. Die Pioniere konnten damit ihre Situation durch gemeinsames Wirtschaften entscheidend verbessern. Auf dem berühmten Bild der Pioniere von ca. 1870 finden sich allerdings nur noch dreizehn Personen, was wohl der hohen Sterblichkeitsrate der damaligen Zeit geschuldet ist.

Faszinierend an dieser Gründung war, dass ausgerechnet diese Pioniere bei ihrer Gründung die bis heute wesentlichen Prinzipien des Genossenschaftswesens schon damals festlegten. Diese umfassten die offene Mitgliedschaft, demokratische Kontrolle mit einer Stimme je Mitglied, die Auszahlung von Rückvergütung bzw. eine Gewinnverteilung in Abhängigkeit vom Umsatz, eine nur begrenzte Kapitalverzinsung, politische und religiöse Neutralität, das Prinzip der Barzahlung und schließlich auch die Förderung der Bildung aus einem Teil der erzielten Gewinne.

Dieser Teil der Prinzipien wurde 1937 vom internationalen Genossenschaftsbund als Rochdaler Prinzipien zu den tragenden Prinzipien des internationalen Genossenschaftswesens erklärt. Die Rochdaler Pioniere kannten allerdings noch weitere Prinzipien. Sie verkauften ihre Waren nur an Mitglieder der Genossenschaft. Einen Teil der Gewinne verwendeten die Pioniere für Bildung, aber auch für ihre Arbeitnehmer. Vorab fixierte Kapitalrenditen sollten spekulatives Wirtschaften verhindern. Schließlich agierte die Gesellschaft der Pioniere nach und nach als Mehrzweckgenossenschaft: Es gab die Aspekte der Konsumgenossenschaft, der Eigenproduktion, Wohnungen, Landwirtschaft und eben der Bildung.

Die Prinzipien sind auch heute noch für viele Genossenschaften charakteristisch. Wie damals mögen sie auch als ein Wegweiser in andere Formen des Wirtschaftens dienen, die jedenfalls die Unzulänglichkeiten einer rein am Profit Einzelner orientierten, »nackten« kapitalistischen Wirtschaftsweise überwinden helfen mögen. Auch heute drehen sich viele Diskussionen, die immer wieder über die genossenschaftliche Geschäftspolitik stattfinden, zu einem erheblichen Teil um diese alten Prinzipien. Deshalb sollten wir der Redlichen Pioniere im 175. Jahr ihrer Gründung positiv gedenken.

ANZEIGE

PROZESSTRAINING IN HANNOVER

Ziviler Ungehorsam bestärkt

Aktivist*innen der Gruppen »Büchel9« und »Büchel17«, die am 23. Juli 2018 und am 30. April 2019 die Zäune um den Atomwaffenstandort des Luftwaffengeschwaders 33 im rheinland-pfälzischen Büchel überwunden hatten, übten im Oktober mögliche Szenarien für die anstehenden Prozesse.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

»Ich habe Angst. Ich habe Angst davor, hier vor Gericht sprechen zu müssen. Ich kenne mich ja in Ihrer Juristensprache nicht aus. Wo ich mich allerdings auskenne, das sind Gefühle. Das Gefühl des Entsetzens über die menschheitsgefährdenden Atomwaffen, die hier in Büchel auf ihren Einsatz warten. Das Gefühl des Mitleidens mit den Millionen Menschen, die von ihrem Einsatz betroffen wären mit ihren schrecklichen Schmerzen und mit ihrem qualvollen Sterben…«

So begann Britt* aus Dortmund ihre Einlassung vor dem fiktiven Gericht, das am 25. Oktober im Bürgerzentrum Lister Turm in Hannover tagte. Angereist waren dafür 24 Menschen aus der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden. 20 von ihnen erwarten in Kürze ihren Prozess wegen unerlaubten Betretens des Atomwaffenstandorts Büchel in der Eifel, wo Bundeswehrsoldaten täglich üben, diese Massenvernichtungswaffen abzuwerfen. Also unsere Vernichtung üben, denn »wer zuerst feuert, stirbt als Zweiter«. Schließlich hält die NATO hartnäckig an ihrer Erstschlagsdoktrin fest.

»Hausfriedensbruch« wird den Zivilen Ungehorsam Leistenden von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen. Das Hannoveraner Rollenspiel diente dazu, ihnen Sicherheit für ihre Verteidigungsreden zu vermitteln.

▲ Vor dem Amtsgericht Cochem: Aktivist*innen der Büchel9 Foto: Büchel9

Im Austausch über ihre unterschiedlichen Argumentationen erfuhren sie, wie diese auf die Zuhörenden wirkten. Und sie merkten, wie viel Kraft und Zuversicht sie aus dieser Übung schöpfen konnten, die jedem/jeder auch die Möglichkeit gab, sich als »Richter*in«, »Schöff*in« oder »Staatsanwält*in« zu erproben.

Es zeigte sich, dass ruhige, klare Stellungnahmen besonders eindrücklich wirken konnten, zum Teil sogar »Richter*in« oder »Beisitzer*innen« in ihren Auffassungen verunsicherten. Holger Isabelle Jänicke vom Rechtshilfebüro Hamburg, der den juristischen Input lieferte, wies besonders darauf hin, wie wichtig es ist, gerade auch die Schöff*innen im Blick zu halten. Schließlich können sie die Richter*in auch überstimmen.

Dass die Richtenden – seien sie Lai*innen oder Profis – Mut brauchen, um in solchen Prozessen um die völker- und grundgesetzwidrig hier stationierten Atomwaffen den Zivilen Ungehorsam der Beklagten als gerechtfertigt anzuerkennen, das betonten die Angeklagten in mehreren Statements. Solchen Mut bräuchte es, um den Weg zum Bundesverfassungsgericht zu öffnen. Es steht den Gerichten ja frei, die Abwägung der Rechtsgüter »Hausfrieden« und »Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit« vorzunehmen oder aber dem Obersten Gericht vorzulegen. Und steht nicht das Völkerrecht über dem nationalen? Ist nicht Ziviler Ungehorsam berechtigt, wenn es um existentielle Bedrohung geht?

Es bildeten sich kleinere Prozessgruppen, um ihre Strategien weiter auszuarbeiten. Auch neue Ideen wurden eingebracht. Sollte mensch vielleicht die Wahrscheinlichkeit eines »Atomkriegs aus Versehen« stärker fokussieren? Immerhin ist die Welt schon mehrfach nur äußerst knapp diesem Inferno entkommen. Extinction Rebellion auf nuklearem Hintergrund?

Ein Tag war zu kurz, um solche und ähnliche Fragen genauer durchzuspielen. Jedenfalls aber wurde deutlich, dass die persönlich gehaltenen Einlassungen am spannendsten waren. Ihre Wirkung in den kommenden Prozessen sollte nicht unterschätzt werden. Beispielsweise Britts Eingestehen ihrer Angst und ihre dennoch klare Entschlossenheit, sich dem staatlichen Unrecht einer »Nuklearen Teilhabe« zu widersetzen. Der Applaus dafür im Übungs-Szenario vermittelte ihr Energie und neue Sicherheit. Ähnliches spürten auch die übrigen Beklagten, die hier in echte Roben gewandeten Quasi-Justiz-Vertreter*innen gegenübertraten.

Zum nächsten realen Büchel-Prozess in Koblenz oder Cochem sind Beobachter*innen herzlich eingeladen.

* Name von der Redaktion geändert

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Politischer Ausschluss eines Verteidigers

Bereits etliche Male wurden Verteidiger*innen nach § 138, 2 der Strafprozessordnung wegen ihrer politischen Ansichten von Prozessen ausgeschlossen, oft auch nachträglich rausgeworfen. Eher selten richtet sich derartige Zensur gegen »echte« Anwält*innen. Genau das ist im Juni dem Anwalt Tronje Döhmer widerfahren. Am 5. Juli 2019 teilte er per Mail mit: Der Vorsitzende der Strafvollstreckungskammer Marburg hat am 7. Juni 2019 in einem Beschluss einem psychiatrisch Zwangsuntergebrachten dem von ihm gewünschten Pflichtverteidiger verwehrt. Als Grund wird dessen kritische Einstellung zu forensischen Kliniken benannt. Aus dem Beschluss: »Rechtsanwalt Döhmer hat nicht nur fortlaufend die Klinik und ihre Mitarbeiter in Schriftsätzen und in der mündlichen Anhörung vom 08. August 2018 – in Gegenwart von Vertreterinnen der Klinik – durch die nachgerade absurde Bezeichnung der Klinik (…) als ›Verwahranstalt‹ bewusst provoziert und diffamiert.«

Der ausgegrenzte Verteidiger kommentierte seinen Ausschluss mit den Worten: »Der ausgeschlossene Verteidiger empfindet diesen Beschluss als Auszeichnung seiner intensiven (Vorbereitung von mehr 96 Fragen an den Sachverständigen) und unerwünschten Verteidigertätigkeit in diesem Verfahren, in dem die Strafkammer trotz der vielen Hinweise tatsächlicher Art eine Aufklärung der angesprochenen Sachverhalte strikt und wie üblich ablehnte.«

Verurteilung wegen Containerns bestätigt

Es ging der von den Anwälten eingebrachten Revision gegen eine Verurteilung am Amtsgericht Fürstenfeldbruck um die Frage, ob zum Verderb weggeworfene Lebensmittel noch eine*n Eigentümer*in haben oder »herrenlos« sind und daher nach § 958 BGB angeeignet werden dürfen. Wer Lebensmittel in die Abfalltonne wirft, will die Sachen nicht mehr selbst verwerten – und auch andere können das nach kurzer Zeit nicht mehr, da die Substanz nicht erhalten bleibt. Daher müsste § 959 gelten: »Eine bewegliche Sache wird herrenlos, wenn der Eigentümer in der Absicht, auf das Eigentum zu verzichten, den Besitz der Sache aufgibt.« Doch das OLG München schrieb Eigentumsrechte fest, die über den gesetzlichen Wortlaut hinweggehen und bestätigte damit, dass mensch weiterhin durch Strafgesetze gezwungen sein soll, das Vergammeln von Lebensmitteln tatenlos hinzunehmen.

Anders verlief am 26. März ein Prozess in gleicher Sache vor dem Amtsgericht Hannover. Während der Gerichtsverhandlung wurde der Strafantrag von der Marktleitung zurückgenommen. Im Zuge dessen sah die Staatsanwaltschaft von der weiteren Verfolgung ab und verneinte das öffentliche Interesse. Die Richterin verwies in ihrem Freispruch auf die lobenswerten Motive der Lebensmittelrettung und stellte sie in den Kontext globaler Klimabewegungen.

Mehr auf http://olchiscontainern1.blogsport.de

Schwarzfahrprozess in München

Das OLG München hob ebenfalls einen Freispruch für demonstratives Fahren ohne Fahrschein auf und erweiterte unzulässig den entsprechenden Strafparagraphen 265a StGB. Die Wiederholungsveranstaltung am Landgericht München führte aber nicht zur Verurteilung. Es gelang Angeklagtem und Verteidiger wieder, die Behauptungen von Staatsanwalt und OLG zu erschüttern. Die Folge war eine Einstellung – und zwar auf Staatskosten. Für München und Umgebung wackelt die Strafbarkeit dieser Art des Fahrens und Werbens für den Nulltarif damit erheblich **(genauer auf www.schwarzstrafen.tk).**

Räumung des Hambacher Forstes

Nach der gerichtlich erzwungenen Offenlegung von Gutachten der Landesregierung NRW zur rechtlichen Einschätzung des Einsatzes im besetzten Wald hat der WDR diese analysiert und kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: »Zwei jetzt erst öffentlich gemachte Gutachten von damals belegen, was viele immer vermutet haben: Die Landesregierung wollte RWE den Weg für die Rodung im Forst frei machen, die fehlende Bausicherheit der Baumhäuser war nur ein Vorwand.« (Quelle: https://blog.wdr.de). Die Gutachten wurden vor der Räumung erstellt und sollten Begründungen des offenbar bereits geplanten und politisch gewollten Einsatzes liefern. Der WDR über die am 9. August 2018 erstellte Expertise zur Frage, wie ein Einsatz der Polizei zu rechtfertigen wäre: »Das Gutachten hat es in sich. Belegt es doch eindrücklich, wie händeringend die Landesregierung nach auch nur irgendeinem Rechtsgrund suchte, mit dem sich eine Räumung im Hambacher Forst durch die Polizei doch noch begründen ließe.« Im zweiten Gutachten ging es um das Finden baurechtlicher Begründungen. Der WDR resümierte: »Vor allem das erste Gutachten vom 9. August 2018 macht klar: Das Ziel war eindeutig die Räumung des Hambacher Forst. Um RWE gleich zu Beginn der Rodungssaison die Möglichkeit zu geben, im Hambacher Forst tabula rasa zu machen. Und dafür wurde eine Begründung gesucht.« Die öffentliche Darstellung der Landesregierung sei aber eine völlig andere gewesen, fügte der Sender an.

Tipps zum Schutz vor Online-Überwachung

In unschöner Schnelligkeit legen Justiz und Überwachungsapparate nach bei technischen und rechtlichen Möglichkeiten für die Überwachung von Telefon und Internet. Zwar gibt es wirksame Gegenmittel, aber die hinken den Entwicklungen immer ein bisschen hinterher. Einer der ehemals besten Hacker der Welt und heutiger Tester von Sicherheitssystem, Kevin D. Mitnick, hat mit dem Buch »Die Kunst der Anonymität im Internet« eine unterhaltsame und detailreiche Darstellung der Bedrohungen und Möglichkeiten des Schutzes verfasst (2018, mitp-Verlag in Frechen, 318 S., 24,99 Euro). Die Kapitel drehen sich um geknackte Passwörter, abgehörte Telefonate, Drohmails und mitlesende Chefs.

Gerichtsprozess-Training

Wer üben will, wie ein Strafverfahren mit formalen und kreativen Mitteln abgewehrt werden kann, hat am 22. Dezember die Gelegenheit dazu. In der Projektwerkstatt Saasen findet ein Prozesstraining statt, bei dem neben Rechtsfragen ein kompletter Verlauf durchgespielt wird **(www.prozesstipps.tk).**

Jörg Bergstedt

JINEOLOGIE

Eine Wissenschaft von und für Frauen

Jineologie ist eine Wortschöpfung für ein neues Konzept. »Jin« heißt im Kurdischen »Frau« und »-logie« stammt aus dem Griechischen und hat die Bedeutung von »-wissenschaft«. Also lässt sich der Begriff Jineologie sinngemäß mit »Frauenwissenschaft« übersetzen. Das Konzept kritisiert das elitäre patriarchale, positivistische Verständnis von Wissenschaft und bemüht sich darum, einen alternativen ganzheitlichen Ansatz zu entwickeln. Was dieser Ansatz genau beinhaltet, erzählt Genossin Şafak an der Akademie »Şehîd Zeynep Kınacı« (»gefallene Genossin Zeynep Kınacı«).

▲ Kämpfe verbinden - das war ein Ziel der #unteilbar-Demo am 6. Juli 2019 in Leipzig, auf der auch kurdische Flaggen wehten. Foto: Tobias Möritz

Was ist die Jineologie? Und wofür ist sie notwendig?

Genossin Şafak: Jineologie ist auch bei uns ein noch relativ neuer Begriff. Wir haben unsere Überlegungen zur Frau bisher unter dem Begriff Frauenbefreiungsideologie zusammengefasst. Um die Frau zu erklären und sie kennenzulernen, ist die Ideologie ein Ansatz, um Gedanken zu systematisieren. Das gilt auch für die Betrachtung der historischen Entwicklung. Es ist notwendig, dass ein noch weiter gehender und umfassenderer Ansatz ausgearbeitet wird. Auf dieser Grundlage wollen wir die Jineologie als Wissenschaft von und für Frauen gestalten.

Die Jineologie bedeutet für euch die Überwindung der sexistischen Herangehensweise an Frauen in der Wissenschaft. Ist eine Geschichtsauswertung aus der Perspektive der Frauenbefreiungsideologie die Grundlage dafür?

(…) Bisher war die Wissenschaft immer durch eine sexistische Herangehensweise an die Frau geprägt. Das hat die Wirklichkeit der Frau verdreht. Frauen wurde vom System eine bestimmte Identität zugeschrieben, die weder die eigene Identität der Frau noch ihre Intelligenz oder ihren Körper anerkannte. Frauen wurden als schwaches biologisches Wesen angesehen. Es hieß, die Chromosomen des Mannes seien denen der Frauen überlegen. Damit wurde gerechtfertigt, dass Männer über Frauen zu herrschen hätten. Da der Mann sich auf seine Intelligenz stütze, sei er zum Herrschen geschaffen, wohingegen bei Frauen emotionale Eigenschaften stärker ausgeprägt seien. Es sei das Schicksal der Frau, unterdrückt zu werden, weil sie aus »biologischer« Sicht schwächer sei. Derartige »wissenschaftliche« Theorien wurden allgemein anerkannt und akzeptiert. Der darwinistischen Theorie zufolge fressen die Stärkeren die Schwächeren. Die Frauenunterdrückung wurde durch sozialdarwinistische Theorien gerechtfertigt und propagiert. Dabei wissen wir, dass das Frau-Sein oder das Mann-Sein eine Frage unserer Existenz ist. Der Unterschied zwischen den beiden Geschlechtern ist – unabhängig von Herrschaft und Unterdrückung – eine Realität, die von hierarchischen Zuschreibungen befreit werden muss.

Die Ontologie, d.h. die Seinslehre, ist eure Basis für die Entwicklung der Jineologie. Was versteht ihr darunter, dass damit »der kleine und der große Staat« überwunden werden sollen?

Die Jineologie bezieht sich auch auf die Lehre vom Sein. Auf der Grundlage der Ontologie muss die Existenz der Frau objektiv bewertet werden. Die Jineologie wendet sich dagegen, Sexismus biologistisch zu rechtfertigen. So bewertet sie Sexismus als eine Herrschaftsideologie, die Grundlage für alle Herrschaftsideologien gewesen ist. Der Sexismus in Kurdistan unterscheidet sich in der Form von dem in anderen Ländern, aber der Kern ist derselbe. Diese Zusammenhänge sollen durch die Jineologie aufgedeckt werden. Geschichtlich gesehen hat die patriarchale Herrschaft ihren Ursprung im System von Familien und Dynastien, darauf wurde sie aufgebaut. Davon ausgehend muss die Jineologie die Realität der Familie und deren Verbindung zum Herrschaftssystem untersuchen und aufdecken. Denn die Familie ist der Hauptgrund dafür, dass Frauen eingesperrt wurden. In ihr hat sich die patriarchale Herrschaft zu einer Tradition entwickelt. Durch die Familie wurde die Frau ihrer Persönlichkeit beraubt, und die Familie diente als Grundlage für den hierarchischen Gesellschaftsaufbau. In diesem Sinne kann sie als »kleiner Staat« bezeichnet werden, der zum Zweck des »[großen] Staates« aufgebaut wird. (...)

Ihr versteht die Frau als Hauptakteurin bei der Entwicklung einer bedürfnisorientierten Ökonomie. Kannst du erklären, was ihr damit meint?

Die Ökonomie ist ein Thema, das am meisten verdreht wurde. Eigentlich bedeutet Ökonomie: das »Gesetz des Hauses«. Das ist die Definition entsprechend der Übersetzung des Begriffes [aus dem Griechischen]. Es ist also die Art, wie die Bedürfnisse erfüllt werden. Heute unterliegt die Ökonomie der Herrschaft der Monopole. Sie ist nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Menschheit zu erfüllen, sondern sie hat die Menschen zu Sklaven ihrer Bedürfnisse gemacht. Da die Gesellschaftsentwicklung um die Frau herum begann, war das Erfüllen von Bedürfnissen hauptsächlich eine Aktivität, der sich Frauen gewidmet haben. Aus dieser Sicht war die Frau Hauptakteurin bei der Entwicklung der Ökonomie. Das Geschenk des Finanzkapitals hingegen war es, die Frau zu vermarkten. Das Finanzkapital hat die Industrie, die Gesellschaft und auch die Frau beschlagnahmt. Deshalb ist der ökonomische Bereich zu einem Herrschaftsbereich geworden. Als Wissenschaftszweig muss die Jineologie klar darlegen, dass die Ökonomie von den herrschenden Gruppierungen benutzt wird, und sie muss das Verständnis von Ökonomie neu so definieren, dass den Bedürfnissen entsprechend produziert wird. All dies kann noch viel detaillierter dargestellt werden, aber das ist der Kerngedanke. Frauen sollten mit dieser Intention an die Arbeit gehen und richtige ökonomische Aktivitäten entfalten.

Welche Auswirkung hat eurer Meinung nach Sexismus auf die Gesellschaft? Inwieweit kann die Jineologie sie überwinden?

Die Bevölkerungspolitik steht in engem Zusammenhang mit sexistischer Herrschaft. Die Gesellschaften werden übersexualisiert. Sexualität kann ein Mittel bei der Fortpflanzung und ein Teil des Lebens sein, ist aber nicht das Leben an sich. Menschen werden im Alltag zu SexsklavInnen degradiert. Dafür ist die herrschende Ideologie verantwortlich, die das Menschsein bedeutungslos macht und den Menschen auf seine Triebe reduziert. Demgegenüber sollte in menschlichen Beziehungen gegenseitiges Verständnis die Grundlage sein. Das gilt auch für die Beziehungen zwischen Männern und Frauen. Sexuelle Beziehungen können ein Ausdruck davon sein, aber sie sind nicht wesentlich und dauerhaft. Eine Gesellschaft, die auf ihre Triebe reduziert wird, ist durch zu viele Aggressionen belastet. Frauen werden sowohl als Mittel zur Triebbefriedigung benutzt als auch als Gebärmaschine. Deswegen ist dies ein Thema, das insbesondere die Frau betrifft. Die Herangehensweise der Jineologie ist es nicht, irgendwelche Verbote aufzustellen. Es geht vielmehr darum, ein solches Verständnis von Sexualität und Beziehungen aufzubauen, dass die Sexualität nicht mehr als Mittel zur Herrschaftsausübung benutzt werden kann. Die Jineologie muss sich mit all diesen Fragen auseinandersetzen. Auch deshalb ist ein solcher Wissenschaftszweig notwendig. Feminismus ist als Begriff nicht ausreichend, all diese Themenbereiche zu erfassen. Natürlich kann es zu all diesen Themen auch eine feministische Interpretation geben. Aber die gegenwärtige Definition von Feminismus reicht unserer Meinung nach nicht aus, das gesamte Spektrum zu umfassen. Um auf all diese gesellschaftlichen Probleme eine Antwort zu geben, um die Identität des Mannes und der Frau neu zu definieren, um ihre Existenz neu ins Bewusstsein zu rücken, um alle Bereiche auch wissenschaftlich zu verstehen, ist der gegenwärtige Feminismus unzureichend.

Deshalb ist die Jineologie ein Ausdruck für eine wissenschaftliche Annäherung, die auch für die feministische Bewegung eine wichtige Grundlage darstellt. Sie ist auch für uns als Frauenbefreiungsbewegung noch ein sehr neuer Begriff und unsere Diskussionen darüber gehen in der Frauenbewegung und an den Frauenakademien weiter, um die Tragweite und Bedeutung des Begriffs Jineologie zu erfassen. Wir möchten die Frage der Freiheit auch sozialwissenschaftlich lösen. Die Formel dafür lautet »Soziologie der Freiheit«, und in diesem Zusammenhang ist die Jineologie ein Grundpfeiler der Sozialwissenschaften. (...)

Wie lässt sich eine neue gesellschaftliche Ethik schaffen?

Eine Gesellschaft, die jegliche Art von Herrschaft in ihren Beziehungen überwunden hat und die dadurch ein kollektives Bewusstsein und Gewissen geschaffen hat, repräsentiert an sich schon eine neue Ethik. Wir beabsichtigen, ein optimales Gleichgewicht zwischen Gesellschaft und Individuum herzustellen. Das heißt, weder eine Gesellschaft, in der das Individuum verschwindet, noch ein egoistischer Individualismus, durch den das Individuum seine Beziehung zur Gesellschaft abbricht. Weder das eine noch das andere kann als kollektives Bewusstsein und Gewissen begriffen werden. Deswegen müssen sowohl die Existenz des Individuums als auch die Existenz der Gesellschaft gesichert werden. Beide sind miteinander verbunden und müssen gegenseitig ihre Freiheiten anerkennen und sich im Einklang mit der Natur begreifen. Denken und Gewissen müssen eine Einheit bilden. Das bedeutet, sich eine Lebensform zu schaffen, außerhalb von Machtverhältnissen. Das bezeichnen wir kurz gesagt als die Freiheitsethik der Frau. Im Rahmen der Jineologie kann diese Definition noch erheblich ausgeweitet werden. Und dazu könnt auch ihr und andere Frauen beitragen.

Gekürzte Version des Textes »Jineologie« aus »Widerstand und gelebte Utopien - Frauenguerilla, Frauenbefreiung und demokratischer Konföderalismus in Kurdistan«, Herausgeberinnenkollektiv, Unrast Verlag, Reihe Edition Mezopotamya, 600 Seiten, 20 Euro

ANZEIGE

Risiken & Regulierung
Wie geht es weiter mit der EU-Gentechnikpolitik?

GID Nr. 251 · November 2019 · Einzelausgabe 8,50 €

In der Folge der Wahlen zum Europäischen Parlament öffnet sich ein neues Fenster für eine Novellierung des EU-Gentechnikrechts. Gentechnikfreies Saatgut, Risikobewertung und Gene Drives – das sind drei der aktuellen Baustellen.

GeN
Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Siegfriedstr. 13 · 10559 Berlin
Tel. 030 · 655 70 73 · Fax 030 · 684 11 83
gen@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

NORDSYRIEN: MILITÄRISCHE INVASION DURCH DIE TÜRKEI UND DEN IS

Krieg statt Rojava

▲ Damals gab es noch mehr Hoffnung: Beim ersten selbstorganisierten kurdischen Frühjahrsfest Newroz in Rojava, 2015
Foto: Mark Mühlhaus/Medico

Die türkische Militäroffensive in Rojava/Nordsyrien dauert nun schon seit dem 9. Oktober. Statt der verhandelten Waffenruhe in einem 30 Kilometer breiten Grenzgebiet leidet die Zivilbevölkerung unter Bombardements und Vertreibung. Mindestens 300.000 Menschen sind auf der Flucht, die demokratischen Entwicklungen der letzten Jahre werden brutal zerschlagen. Gemäß neuesten Berichten bekommen dschihadistische IS-Milizen bei ihren Angriffen gemeinsam mit der türkischen Armee Feuerschutz von Panzern aus deutscher Produktion.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Mit Beginn der türkischen Militäroffensive am 9. Oktober 2019 ist die politische und humanitäre Katastrophe wahr geworden, die die Menschen in Nordsyrien befürchtet haben. Auch die Hilfsorganisation »medico international«, die seit Jahren vor Ort ist und die Partnerorganisation »Kurdischer Roter Halbmond« unterstützt, hatte davor gewarnt.

Wie die Medico-Mitarbeiterin Anita Starosta am 20. November berichtete, gehe es in Nordsyrien inzwischen nur noch ums Überleben: »Dahin ist die relative Ruhe und Sicherheit in Nordsyrien. Bis heute gab und gibt es keine Waffenruhe, weder während der Verhandlungen zwischen Russland, dem Assad-Regime und der Türkei, noch jetzt, nach der Einigung auf die türkisch-russischen Patrouillen in der Pufferzone entlang der Grenze. Auch heute noch muss zum Beispiel das Krankenhaus in der Stadt Tel Tamer – der zentrale Ort für die Erstversorgung der Verletzten – immer wieder evakuiert werden. Zu nah rücken islamistische Milizen, die unter Führung der Türkei operieren und das Gebiet zwischen Tall Abyad (kurdisch: Girê Sipî) und Ra's al-'Ain (Serê Kaniyê) besetzen. Und inmitten dieser politischen Katastrophe sind mindestens 300.000 Menschen auf der Flucht und müssen versorgt werden.«

Ende eines kurdischen Neuanfangs

Ob die Geflüchteten jemals wieder in ihre Heimatorte zurückkehren können, sei mehr als ungewiss, berichtete Starosta. Denn ein Leben unter türkischer Besatzung, wie zwischen Russland, der syrischen Regierung und der Türkei für einen Teil der umstrittenen Region vereinbart wurde, sei vor allem für einen Großteil der kurdischen Bevölkerung keine Option. Hinzu kommen die Ankündigungen Erdoğans, 1,2 Millionen in der Türkei gestrandete syrische Flüchtlinge in Nordsyrien ansiedeln zu wollen. Durch die Vertreibung und ethnische Säuberung der bis dato vorwiegend kurdischen Gegend schaffe die Türkei Fakten. Ziel sei eine demographische Neuordnung der Region. Geflüchtete Menschen jedoch gegen ihren Willen in völkerrechtswidrig besetzten Gebieten anzusiedeln, sei laut Medico »eine eklatante Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention«.

Ähnlich desaströs beurteilte auch die ortskundige Telepolis-Journalistin Elke Dangeleit die Lage Ende November. Sie kritisierte, dass bisher niemand – also auch die Bundesregierung nicht – die Einhaltung dieser Konventionen forderte, obwohl sie für alle Nato-Staaten verpflichtend seien.

Außerdem zitierte sie aus einem umfangreichen Dossier der kurdischen Selbstverwaltung, »das die Zusammenarbeit der Türkei und dem IS mit Fotos und Aussagen von IS-Mitgliedern« dokumentiere. Letztere würden nun unter der Bezeichnung »Syrische Nationale Allianz« gemeinsam mit der türkischen Armee operieren. Es seien sogar gemeinsame Angriffe auf kurdische Orte belegt, bei denen sie Feuerschutz von Panzern aus deutscher Produktion bekommen hätten.

Auch Medico-Mitarbeiterin Anita Starosta kritisiert das Versagen der Bundesregierung, denn »anstatt einen Schritt auf die kurdische Selbstverwaltung zuzugehen und zumindest ihren humanitären Einsatz anzuerkennen«, verfolge sie die antikurdische Linie der Türkei weiter. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff und der von außen bestimmten politischen Neuordnung stehe der Demokratisierungsprozess der letzten sechs Jahre und der Fortbestand des einzigen multiethnischen und multireligiösen Projekts in der Region auf dem Spiel. Was auch immer dies für die Menschen vor Ort bedeute und welche Bitterkeit es erzeuge: »Viele machen einfach weiter, weil der Augenblick es verlangt«, beobachtete Starosta.

Kampf ums Überleben

Ähnliches berichtete auch der deutsche Arzt Michael Wilk, der regelmäßige Unterstützungsarbeit in Rojava leistet, am 24. Oktober: »Die Situation ist durchaus ambivalent, in der Nähe der Kampfzonen müssen Strukturen und ganze Siedlungen aufgegeben werden, in anderen Regionen Rojavas ist hingegen noch alles unter Kontrolle der Selbstverwaltung. Während Europas Regierungen Lippenbekenntnisse ablegen, ohne wirklich Druck auf die Türkei auszuüben, kämpfen die Menschen Rojavas um das Überleben. Um ihr eigenes substantielles und das der von ihnen geschaffenen sozialen Strukturen. Diese Auseinandersetzung dauert an und ist noch lange nicht zu Ende. ›Wir sind Rückschläge gewöhnt und werden es schaffen‹, ist die Aussage vieler.«

Die Menschen Rojavas hätten laut Wilk Solidarität und Unterstützung verdient. Es sei nicht unsere Aufgabe zu bestimmen, wann das Modell einer anderen menschlicheren Gesellschaft gescheitert sei oder nicht. Er fordert: »Solidarität mit Rojava!«

Link:
https://www.medico.de/kampagnen/das-versagen-beenden/

FRAUENPRESSE- UND MEDIENARBEIT

Eine alternative mediale Sichtweise auf die Welt

Im folgenden Gespräch erzählen die Mitarbeiterinnen des Pressekomitees der PAJK (Frauenfreiheitspartei Kurdistan) über ihre Arbeit sowie über die Perspektiven frauenspezifischer Pressearbeit und die gesellschaftliche Macht der Medien.

Könnt ihr etwas über euren Arbeitsbereich erzählen und darüber, wann dieser Arbeitsbereich gegründet wurde?

Genossin Zîn: Wie ihr wisst, ist die PAJK eine Frauenpartei, die auf ideologischem Gebiet arbeitet. Seit ihrer Gründung im Jahr 2004 hat sie ein eigenes Pressekomitee. Bereits in den Anfangszeiten der PKK waren Frauen in der Pressearbeit vertreten. Aber erst mit Beginn der frauenspezifischen Organisierung haben wir uns als Frauen wie jetzt in den Strukturen der PAJK organisiert. (...)

Was sind die ideologischen Grundlagen eurer Arbeit und eure Perspektiven insbesondere in der frauenspezifischen Pressearbeit?

Die Medien im Allgemeinen dienen dem kapitalistischen System, den Hierarchien, der Macht, dem Militarismus und verbreiten die Propaganda des patriarchalen Systems. Damit wenden sie sich gegen die Bevölkerung. Der Gesellschaft wird der Individualismus nahegelegt. Das machen aktuell die Medien auf der ganzen Welt. Unser vorrangiges Ziel ist es, die patriarchale Mentalität zu überwinden und eine Alternative zu schaffen, eine alternative mediale Sichtweise. (...)

Ich möchte ein Beispiel geben: Die im herrschenden System tätigen JournalistInnen benutzen eine patriarchale Sprache. Wir versuchen hingegen, den Begriffen auf den Grund zu gehen. So heißt etwa WissenschaftlerIn auf Türkisch »Wissenschaftsmann«. Wir machen uns diese Begriffe bewusst und versuchen, eine andere, eine weibliche Sprache zu gebrauchen, also statt »Wissenschaftsmann« benutzen wir »Wissenschaftsmensch«. Aber natürlich geht es nicht nur um den Sprachgebrauch, sondern auch um die Hierarchie im Aufbau eines Artikels oder eines Beitrags. So wird im kapitalistischen System der Schwerpunkt auf den Rang oder die Macht [von Personen, Gruppen oder Staaten] gelegt; wir dagegen betrachten ein Thema entsprechend der gesellschaftlichen Tagesordnung. Das zeigt sich auch in der Kameraführung: Wir filmen die Menschen nicht von unten oder oben, um sie kleiner oder größer zu machen, um bestimmte Hierarchien zu reproduzieren, wie es im herrschenden System üblich ist. Für uns gilt das Prinzip der Gleichheit. Auch wenn wir ein Kind filmen, erfolgt das auf Augenhöhe. Dabei handelt es sich nicht um eine technische Frage, sondern um eine philosophische.

In welchen Medien und über welche Themen publiziert ihr?

Wir fertigen Beiträge an, die wir Medien und Frauenpublikationen in allen vier Teilen Kurdistans, in Europa und in Russland zur Verfügung stellen. Darin wird die historische, die aktuelle und die mögliche künftige Rolle der Frau in der Gesellschaft thematisiert; es wird darüber diskutiert, welche Rolle, Aufgabe, Mission Frauen in einer neuen Gesellschaftsordnung übernehmen müssen. Auch hierbei handelt es sich um die Vermittlung von Bewusstsein. In unseren Texten behandeln wir gesellschaftliche Probleme, Wirtschaft, das Thema Selbstverteidigung, Kunst als ein Medium, das der Gesellschaft Form und Ästhetik verleiht, und viele andere Themen aus Frauensicht. (...)

Natürlich machen wir auch Filme hier in den Bergen, in denen gezeigt wird, wie die Guerillakämpferinnen leben, was ihre Ziele sind, zu welchen Themen sie Schulungen durchführen, warum sie überhaupt in den Bergen sind, wogegen sie Widerstand leisten usw. Es werden aktuelle Themen diskutiert wie zum Beispiel im Moment die Demokratische Autonomie, aus Frauensicht, aus der Sicht von Frauen in der Guerilla. Wir machen tägliche, wöchentliche und monatliche Programme, auch Radioprogramme. Wir haben einen eigenen Radiosender hier und das »Guerilla TV«, das über Internet für alle Interessierten zugänglich ist. Weiterhin erarbeiten wir Broschüren zu bestimmten Themen wie z.B. zum gesellschaftlichen Sexismus, zur Selbstverteidigung, zu Frauenökonomie, zu historischen und aktuellen Themen, zur Frauengeschichte und der kurdischen Geschichte seit dem Neolithikum bis heute. Und wir veröffentlichen Bücher, die wir hier in den Bergen drucken, aber auch darüber hinaus verteilen. Die PAJK hat auch eine eigene Webseite, die wir ständig aktualisieren. Darüber ist es auch von außen möglich, zu uns Kontakt aufzunehmen.

Wer sind die Autorinnen eurer Beiträge, wer spricht?

Ich habe vorhin davon gesprochen, dass wir versuchen, eine Alternative zu den herrschenden Medien darzustellen. Bei uns ist es zum Beispiel so, dass nicht immer die gleichen Frauen auftreten, sondern die Meinung aller Guerillakämpferinnen gefragt ist. Es geht dabei nicht um die Stellung der jeweiligen Frau innerhalb der Organisation. Jede Guerillakämpferin soll über die Medien die Möglichkeit haben, sich mitzuteilen. (...) In den herrschenden Medien kommen oft immer dieselben Leute zu Wort; wir hingegen legen Wert auf jede einzelne Stimme, auf Vielfalt. Die Sichtweise jeder Einzelnen zählt. Es sind auch türkische Frauen hier, deutsche Frauen, iranische Frauen, daraus ergibt sich eine sehr bunte Sichtweise.

Gekürzte Version des Textes »Frauenpresse- und -medienarbeit« aus »Widerstand und gelebte Utopien - Frauenguerilla, Frauenbefreiung und demokratischer Konföderalismus in Kurdistan«

Link: www.pajk-online.com

ANZEIGEN

SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit **24 Seiten Berichten** und **Analysen** zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

In der Dezember-Ausgabe u. a.:
- Aufstand der Unsichtbaren: Streikerfolg in der Gebädereinigung
- Uniklinik Jena: Tariferfolg im Kampf gegen den Pflegenotstand
- Klassen & Staat im Kapitalismus
- Die Welt in Aufruhr – Berichte aus Chile und Bolivien
- Gilbert Achcar über die zweite Welle der arabischen Revolution
- EU: Strategische Souveränität?
- Die Nachkriegsmythen der BRD

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de
www.sozonline.de

DIE FRAUENARMEE

Legitime Selbstverteidigung und ideologischer Kampf

Schon Mitte der 80er Jahre fanden an der Mahsum-Korkmaz-Akademie Bildungseinheiten und Diskussionen unter Frauen zur Situation der Frauen in Kurdistan statt, die Grundlage für den ersten kurdischen Frauenverband YJWK waren, der 1987 gegründet wurde. Anfang der 90er Jahre, als die kurdische Bewegung sich in den ländlichen Gebieten immer mehr ausbreitete, fanden Serhildans, Volksaufstände, in den Dörfern und Städten in Nordkurdistan statt, an denen sich viele Frauen beteiligten und eine treibende Kraft waren. In dieser Zeit schlossen sich viele Frauen, aus allen Teilen Kurdistans, der Guerilla an.

▲ Kämpferinnen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten

Foto: Kurdishstruggle / flickr.com (CC)

Die Guerilla wurde auch eine Alternative für junge Frauen, die der patriarchalen Gesellschaft entfliehen wollten. Dieser Befreiungsschritt aus patriarchalen Verhältnissen war und ist ein Ausdruck für den Freiheitswillen der Frauen. Ihr Freiheitskampf war ein Kampf gegen die nationale als auch gegen patriarchale Unterdrückung. Im Jahr 1992 schlossen sich besonders viele Frauen an. Im Verlauf des sogenannten Südkrieges in diesem Jahr fielen viele neue Guerillakämpferinnen. Kämpferinnen, die den Südkrieg miterlebt haben, beschreiben diese Phase dennoch als einen qualitativen Sprung für den Frauenkampf, denn die Frauen traten darin das erste Mal nicht als Einzelne, sondern als eine Kraft auf. Genossin Sara sagte 2006 in einem Interview: »Es gab Kommandantinnen wie Bêrîvan und Bêrîtan, die eine große Rolle an der Front hatten. Frauen waren überall beteiligt, in Gefechten, in der Kommandantur, in der Logistik usw. Das hatte einen großen Einfluss. Vorher war mehr die Betrachtungsweise vorherrschend, dass Frauen eine Last darstellen.«

(…) Der organisierte Kampf um die Freiheit für Frauen in Kurdistan begann 1993 als TAJK (Bewegung der Freiheit der Frauen Kurdistans) und mit dem Aufbau der »Frauenarmee«. Es wurden bestehende Frauengruppen zusammengefasst, zunächst Mangas, Gruppen, dann Züge und Einheiten gebildet. Der Aufbau begann in Botan mit ca. 2.300 Kämpferinnen, in Behdînan mit ca. 1.000. Am ersten Kongress der Frauenbewegung 1995, an dem über 350 Frauen aus allen Regionen des Kampfes teilnahmen, gründete sich aus der TAJK die YAJK (Freier Frauenverband Kurdistans) und ein eigenständiges YAJK-Zentralkomitee wurde gewählt. Die Frauenarmee wurde als »befreites Gebiet« verstanden. Die Organisierung der »Frauenarmee« wurde nicht nur als ein militärisches, sondern vorrangig als ein ideologisches, kulturelles, politisches und soziales Vorhaben und Ereignis begriffen, das ein unabhängiges Denken und Handeln von Frauen und die Entwicklung einer Frauenbefreiungsideologie beinhaltet. (…)

Mit der Verhaftung von Abdullah Öcalan 1999 standen die Frauen vor der Notwendigkeit, politische Perspektiven ohne die »Rückendeckung« durch den Parteivorsitzenden umzusetzen. Im Sommer 2002 fand die erste Konferenz der Frauen in den HPG (kurdische Selbstverteidigungskräfte) statt. Auf der zweiten Frauenkonferenz der HPG im März 2004 gaben sie ihrer Organisierung den Namen »YJA Star«. (…) Die Organisiertheit der Frauen in der Guerilla hat Entwicklungen in der ganzen kurdischen Gesellschaft angestoßen. Die Frauenbewegung des kurdischen Befreiungskampfes hat – international – bisher am weitesten reichend die ideologische und praktische Perspektive der Frauenbefreiung und eigener autonomer Frauenstrukturen innerhalb einer gemischten Befreiungsbewegung erkämpft und aufgebaut.

Ihr Selbstverständnis beschreiben die YJA Star in den folgenden vier Abschnitten:

Organisierung für die Freiheit

Die Teilnahme von Frauen am Guerillakampf steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Stärke ihres Wunsches nach Freiheit. Der Aufbau der Frauenarmee ist der Ausdruck einer Organisierung für die Freiheit, um die Jahrtausende alte Unterdrückung zu überwinden. (...) Die Freiheit lässt sich nur durch den Kampf und mit einer entsprechenden Organisierung erreichen. Demzufolge führen Frauen für ihre Befreiung den Widerstand gegen jegliche Form von Herrschaft fort, indem sie ihre Formen des Guerillakampfes und ein eigenständiges Organisationsmodell für die Frauenarmee entwickeln. Bei dem Neuaufbau der Freiheitsarmee (der Volksverteidigungskräfte; Anm. d. Ü.) müssen sich die Einheiten der Frauenarmee mit einem richtigen Verständnis als ein Teil dieses Prozesses begreifen. Die Frauenarmee muss sich aus eigener Kraft, mit ihrer eigenen Kommandantur und ihren Kämpferinnen, mit ihrer eigenen Art der Bewegung und Stationierung im Gelände, mit ihrem eigenen Verständnis von Bildungsarbeit, vollständig in eigener Initiative, mit ihren eigenen Beschlüssen zur Organisation des Lebens und des Krieges und der Fähigkeit bewegen, um dies umzusetzen. Insbesondere ist die Beteiligung aller Kämpferinnen an ihrem Freiheitskampf, nicht nur in den Reihen der (Frauen-)Armee, sondern zugleich an Aktivitäten in allen Organisierungsbereichen, von großer Bedeutung und wichtig. In der Realität Kurdistans ist die (Frauen-)Armee eine Armee der Gleichheit und der Freiheit; sowohl ihre Organisierung als auch ihre Lebensauffassung muss damit im Einklang stehen.

Eine (Freiheits-)Armee mit Frauencharakter hat ein Freiheitsverständnis, das darauf abzielt, die Quelle der Ungleichheit zu beseitigen. Entstehung und Ziel von frauengeprägten (Freiheits-)Armeen müssen bezwecken, die Entstehungsgründe von Armeen zu beseitigen. (....) (Die Frauenarmee) ist eine Armee, bei der nicht der Angriffscharakter, sondern der Charakter der legitimen Selbstverteidigung im Vordergrund steht. Verteidigungscharakter bedeutet nicht Passivität. Der freiheitliche Charakter ist gleichbedeutend damit, auf starke Weise darauf zu reagieren, wenn das Leben, die Freiheit und ihre Utopien bedroht werden; wenn versucht wird, ihre Identität auszulöschen oder sie anzugreifen.

Die Frauenbefreiungsarmee hat ein Modell, das auf sozialistischer Ideologie und Prinzipien beruht. Sie wächst und entwickelt sich mit der Frauenbefreiungsideologie. Das ist die grundlegende Quelle für die Art der Kriegsführung und des Kampfes. Der Kampf, der gegen das herrschende System über das Mittel der Armee ausgetragen wird, zieht seine Kraft aus der ideologischen Tiefe. Eigentlich ist der Kampf, der zwischen diesen beiden Systemen ausgetragen wird, der Kampf zwischen den Ideologien. Es ist der Kampf zwischen der patriarchalen Ideologie und einer frauenorientierten Ideologie. Die Verwirklichung dieser Ideologie im Leben beruht auf der Linie der legitimen Selbstverteidigung.

Der Aufbau der Frauenarmee stellt gegenüber dem patriarchalen System einen Kampf für den Aufbau eines alternativen Systems dar. Die Frauenarmee ist mit der historischen Aufgabe konfrontiert, ein auf Freiheit und Gleichheit basierendes sozialistisches System zu errichten. In dem Kampf darum, das eigene Recht zu gewinnen, muss die Frau – ohne etwas von anderen zu erwarten – ihre eigene Kraft und Aktionsfähigkeit entwickeln, in den Arbeiten der Guerilla eine aktive Rolle einnehmen, um den Kampf für die Veränderung dieses Systems zu führen. (...)

Gründungsziele

Die Gründungsziele der Frauenarmee können wie folgt zusammenfassend definiert werden:

- Der Aufbau der Frauenarmee ist die Grundlage dafür, dass sich Frauen mit ihrer eigenen (Geschlechter-)Identität von Neuem erschaffen können.
- Die Frauenarmee ist die grundlegende Kraft der gesellschaftlichen Veränderung.
- Die Frauenarmee ist ein Mittel dafür, die zwar vorhandene, aber unterdrückte, bzw. zur Fortführung des Herrschaftssystems und seines Profits benutzte Energie der Frauen für den Aufbau eines freien Lebens zu kanalisieren.
- Die Frauenarmee spielt eine fundamentale Rolle im Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus und der Geschlechterbefreiung in der Organisation.
- Die Frauenarmee ist die Organisierung, um die Quelle der Ungleichheit zu beseitigen und die Freiheit zu erreichen.
- Die Frauenarmee ist die Garantie für die Verwirklichung des Projektes für ein freies Leben und des Projektes für einen freien Menschen, die die fundamentalen Ziele unserer Partei darstellen.

Warum eine Frauenarmee?

Die klarste und einfachste Antwort auf diese Frage lautet: ›Es ist das fundamentalste Mittel der Gleichheit.‹ Was hiermit von Anfang an gemeint war, das war nicht nur ein militärischer Armeeaufbau. Ohne so etwas wie eine Frauenarmee, d.h. ohne eine Frauenorganisierung in der Ökonomie, in den Einrichtungen des sozialen Lebens, in der Politik und insbesondere im kulturellen Bereich, wird es keine Lösung der Probleme von Freiheit und Gleichheit geben. Diese Realität war für die PKK immer eine Grundauffassung. Die Frauenbefreiung wird dadurch möglich werden, dass Frauen sich entsprechend der Realität ihres eigenen Geschlechtes, mit ihrem eigenen Charakter im ideologischen, politischen und militärischen Bereich organisieren, d.h. eine Frauenarmee gründen. In dieser Hinsicht war der Armeeaufbau als erster Schritt zur Organisierung eine richtige Feststellung, um den Weg zur Frauenbefreiung zu ebnen.

Dieser Schritt war wichtig, um den Krieg, der die konzentrierteste Form der Politik darstellt, und die Realität der Armee, die das Mittel zur Kriegsführung darstellt, bloßzustellen; die Härte des patriarchalen Systems aufzubrechen und die eigene Kraft der Frau zum Vorschein zu bringen. Die Frauenarmee ist der Ausdruck von Frauen, die die Ausbeutung ihres Geschlechtes überwinden und sich von der Abhängigkeit des Mannes losreißen und statt einer traditionellen Lebensweise ihre Freiheit zur Grundlage nehmen.

Gesellschaftlicher Beitrag

Der Kern der Frauenarmeebildung ist ein gesellschaftlicher, wenn nicht sogar kultureller. Wenn diese Armee im militärisch-politischen Bereich in diesem Rahmen ihre Rolle spielt, dann kann das eine Ausstrahlung haben. Die Frauenarmee kann nicht nur auf eine enge militärische Herangehensweise beschränkt werden. Was bezüglich der Frauenarmee verstanden werden muss, sind ihr ideologischer, politischer, sozialer, kultureller Beitrag und die Organisierung der Freiheit. Deshalb ist die Frauenarmee keine Armee in grober Form. Im Gegenteil, von ihrer Entstehung bis heute ist sie eine Kritik an der Logik bestehender Armeen. (...)

Die Frauenarmee wird als eine Notwendigkeit gesehen, damit Frauen sich selbst als Geschlecht anerkennen, ihr Selbstvertrauen gewinnen, sich von den Einflüssen des Systems befreien, in der Partei auf Gleichheit und Freiheit beharren, für beide Geschlechter Kriterien der Zurückweisung und der Anerkennung entwickeln und das rückschrittliche gesellschaftliche Beziehungsniveau in unseren Reihen überwinden können. Die Frauenarmee wird als ein Mittel dazu entwickelt, eine richtige Antwort auf die Frage ›Wie leben?‹ geben zu können.

Gekürzte Version des Textes »Die Frauenarmee - ein befreites Gebiet« aus »Widerstand und gelebte Utopien - Frauenguerilla, Frauenbefreiung und demokratischer Konföderalismus in Kurdistan«

ANZEIGE

PRAKTISCHE SOLIDARITÄT

Eine internationalistische Baustelle

▲ Vorbereitungen für das neue Gesundheitszentrum: Eine Delegation vermisst die Bauplatzumgebung. Die Nachbargebäude dienen als Maßstab. Fotos: Avahî

Während Nordsyrien und die dort existierenden selbstverwalteten Strukturen von der türkischen Armee und ihren Verbündeten angegriffen werden, versuchen Internationalist*innen weiterhin, den feministischen Aufbau in Rojava zu unterstützen. Das Kollektiv Avahî (»etwas bauen«) plant gemeinsam mit der Stiftung der freien Frauen in Rojava ein neues Gesundheitszentrum. Für Contraste berichten sie über den aktuellen Stand des Projekts im November 2019 sowie die Schwierigkeiten und Möglichkeiten internationalistischer Solidarität in einem Kriegsgebiet.

AVAHÎ - SOLIDARITY CONSTRUCTION ROJAVA

Seit das Assadregime 2012 aus dem Norden Syriens vertrieben werden konnte, baut die Bevölkerung eine basisdemokratische Selbstverwaltung auf. Dieser Akt der Selbstermächtigung gegen patriarchale, kolonialistische und staatliche Unterdrückung bezieht alle gesellschaftlichen Gruppen mit ein. Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens werden erfasst und große Fortschritte in der Organisierung der Gesellschaft gemacht. So wurden Räte und Kommunen aufgebaut sowie autonome Frauenstrukturen in allen Bereichen. Hinzu kommen kommunale Kooperativen als Teil einer solidarischen Ökonomie, um eine materielle Verbesserung der Lebenssituation für die Bevölkerung zu erreichen.

Seit dem 9. Oktober wird Nordsyrien von der türkischen Armee und ihren dschihadistischen Verbündeten angegriffen (siehe auch Artikel auf Seite 10). Das das bleibt nicht ohne Widerspruch. Der Widerstand der Bevölkerung in Rojava und Nordsyrien ist ungebrochen. Ihr Wille zur Verteidigung der Revolution, ihr ermutigendes Beispiel des Aufbaus einer basisdemokratischen und egalitären Gesellschaft ist ein Vorbild und Bezugspunkt für viele Kämpfe auf der ganzen Welt. Und so ist auch der Widerstand überall – die Menschen in Rojava haben viele Freund*innen.

Wie können wir die Revolution in Rojava unterstützen und von ihr lernen?

Der internationale Widerstand resultiert auch daraus, dass viele Projekte seit Jahren gemeinsame Erfahrungen mit der kurdischen Freiheitsbewegung sammeln. So auch das Kollektiv Avahî, in dem sich vor vier Jahren Menschen aus verschiedenen beruflichen, regionalen und politischen Kontexten zusammenschlossen. Wir arbeiten mit WJAR, der Stiftung der freien Frau in Rojava zusammen, welche Kindergärten, Vorschulen, Gesundheitszentren und Bildungseinrichtungen sowie Kooperativen für Frauen betreibt. Gemeinsam bauen wir ein neues Gesundheitszentrum für Frauen und Kinder. Dies bedeutete in unserer ursprünglichen Vorstellung gemeinsam zu planen, um dann in großen Gruppen aus Deutschland nach Qamişlo zu reisen und dort in Etappen kollektiv zu bauen. Wir haben umfangreiche Bauplanungen gemacht und im Jahr 2018 sind zwei Delegationen nach Rojava gefahren, um den Bau vorzubereiten.

Realität des Mittleren Ostens

Das Gebiet, in dem wir bauen, ist ein Kriegsgebiet. Die Bewegung, die wir unterstützen, steht zahlreichen regional und global agierenden Akteur*innen gegenüber. Diese versuchen mit allen Kräften, die Umsetzung der revolutionären und demokratischen Bestrebungen zu verhindern. Im Laufe des Projektzeitraumes wurde der IS in seiner territorialen Existenz besiegt und das befreite Gebiet Teil der Demokratischen Föderation. Gleichzeitig wurde der Kanton Afrin von der Türkei und ihren dschihadistischen Verbündeten besetzt und geplündert und große Teile der Bevölkerung vertrieben. Dieses Szenario wiederholt sich nun mit der Besatzung der Region zwischen Gire Spi/Tall Abyad und Serê Kaniyê/Ras al-Ain. Auch in der Türkei und im Irak gibt es schwere Angriffe gegen die kurdische Bewegung. Grenzen und Vormachtstellungen verschieben sich kontinuierlich. Die Rahmenbedingungen und unsere Handlungsmöglichkeiten haben sich dadurch immer wieder stark und oft unvorhersehbar geändert.

Schwierigkeiten

Der einzig offizielle Grenzübergang wird im Nordirak durch die KDP-Regierung kontrolliert. Diese kooperiert mit der Türkei, in deren ökonomischer Abhängigkeit sie steht. Da wir uns, im Gegensatz zu vielen NGOs, politisch positionieren, werden wir blockiert. Im Projektverlauf mussten wir mehrfach feststellen, dass die Genehmigungen zum Grenzübertritt nicht planbar sind.

Neben den geglückten Delegationen haben sich drei weitere Gruppen vorbereitet, nach Rojava zu fahren. Wir haben unsere privaten, politischen und beruflichen Verpflichtungen und Pläne hinten angestellt und einige haben ihre Wohnungen untervermietet und ihre Jobs gekündigt. Die Willkür des Grenzübertritts und seine Unplanbarkeit führten zu erheblichen Schwierigkeiten. Um einen reibungslosen Bauablauf mit Übergabe von Verantwortung von einer Baugruppe zur nächsten zu gewährleisten, bräuchten wir verlässliche und berechenbare Zeitpläne. Deshalb war es uns nicht möglich, das Projekt im ursprünglich geplanten Sinne durchzuführen.

Während wir einige Mitstreiter*innen durch die Schwierigkeiten und Verzögerungen verloren, kamen auch immer wieder neue dazu. Zum Begriff der Kollektivität haben wir dabei viel hinzugelernt. Für die Stiftung und die kurdische Bewegung im allgemeinen steht eine Kollektivität im mentalen oder ideologischen Sinn im Vordergrund. Es ist ein kollektiver Kampf, eine langfristig geteilte Perspektive der gesellschaftlichen Befreiung.

An dieser Stelle müssen wir uns selbstkritisch fragen, inwiefern unsere Schwierigkeiten auch allgemeine Probleme der deutschen Linken widerspiegeln. Die oftmals Projekt- oder Event-bezogene kurzlebige Art, uns zu organisieren, führt dazu, dass eine langfristige strategische Ausrichtung unserer Kämpfe unmöglich erscheint. Dies fällt im Kontext internationalistischer Solidarität und im Kontrast zum langen Atem und der Fähigkeit zu langfristigem strategischen Denken der Bewegung in Kurdistan und Syrien besonders auf, sollte jedoch allgemeiner diskutiert werden.

Handlungsfähig bleiben

Unser gewachsenes Verständnis von internationalistischer Zusammenarbeit lässt uns Prioritäten setzen, um handlungsfähig zu bleiben, auch wenn wir dafür viel unserer ursprünglichen Planung verwerfen müssen. Doch unser kollektiver Kampf muss nicht geschwächt werden, weil wir nicht selbst bauen können. Wir handeln solidarisch und kollektiv, denn wir geben nicht auf, sondern transformieren die Projektidee, um gemeinsam mit der Stiftung und der lokalen Bevölkerung weiterzuarbeiten.

Da das Gesundheitszentrum dringend benötigt wird, war es keine Option, weiter auf eine Verbesserung der Grenzsituation zu warten. Daher hat die Stiftung im August den Bau begonnen. Wir haben Ende Oktober nochmals 13.400 Euro nach Qamişlo geschickt, insgesamt wurden damit bisher ca. 65.000 Euro übergeben. Aufgrund der Angriffe der Türkei mussten die Bauarbeiten allerdings unterbrochen werden. Bisher sind unsere Freund*innen wohlauf, trotz Bombardierungen auch in ihrer unmittelbaren Nähe. Die Bauarbeiter beteiligen sich an den Demonstrationen und die Stiftung leistet Nothilfe und versorgt die vielen Flüchtenden aus den umkämpften Gebieten. In der Vereinbarung zwischen der Türkei und Russland liegt Qamişlo außerhalb der akuten Besatzungszone der Türkei. Die Bauarbeiten werden bald fortgesetzt, das Fundament und die Träger stehen bereits.

Das Gesundheitszentrum für Frauen und Kinder wird dringend gebraucht

Qamişlo ist eine Stadt mit rund 250.000 Einwohner*innen. Der Stadtteil Qanat Swes wurde unter Assads Regime benachteiligt und ist besonders stark von Armut betroffen. Die Bevölkerung hat die demokratische Revolution von Beginn an unterstützt. Viele haben bei der Verteidigung gegen den IS Angehörige verloren. Das bedeutet, neben dem schmerzlichen Verlust, für viele Frauen und Kinder oftmals auch noch größere Armut. Da die Gesundheitsversorgung großteils in privater Hand ist und die Selbstverwaltung nur schrittweise kostenlose Versorgung aufbauen kann, können sich viele Familien den Arztbesuch nicht leisten. Wir werden mit dem Bau des Gesundheitszentrums einen lokalen kostenfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung ermöglichen. Zudem bringt das Gesundheitszentrum als Frauen-Kooperative Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze. WJAR trägt damit dazu bei, die männliche Dominanz und das Wissensmonopol im Gesundheitssystem zu durchbrechen. Gleichzeitig schaffen sich Frauen einen Zugang zu Ressourcen und wandeln aktiv die Rollenverteilung in der Gesellschaft.

Verantwortung übernehmen

Unsere Kooperation mit den mutigen Frauen von WJAR wird fortbestehen, das Sammeln gemeinsamer Erfahrungen stärkt unsere Kämpfe. Nur zusammen werden wir, allen Hindernissen zum Trotz, das geteilte Ziel einer freien, selbstorganisierten Gesellschaft auf der Basis der Freiheit der Frauen erreichen. Durch langfristige, anpassungsfähige Zusammenarbeit kann internationalistische Solidarität praktisch werden. Wenn wir nicht selbst bauen können, dann bringen wir unsere Arbeitskraft anders ein. Helft auch ihr, indem ihr einen Arbeitstag spendet und mit euren Kolleg*innen und Freund*innen über das revolutionäre Gesellschaftsmodell in Nordostsyrien sprecht. Werdet Bau-Pate*in und beteiligt euch am Widerstand von Women defend Rojava und Riseup4Rojava.

Lasst uns nicht zusehen wie unsere Freund*innen erpresst, vertrieben, bombardiert und ermordet werden! Die Revolution in Rojava bewegt uns auf der ganzen Welt, lasst sie uns auch auf der ganzen Welt verteidigen!

Spendenkonto:
Kurdistan Hilfe e.V.
IBAN: DE40200505501049222704
Stichwort: construction

Kontakt und Infos:
avahi@riseup.net
avahi.noblogs.org
Twitter: @avahi_
Instagram: @avahisc

ANZEIGEN

LESERBRIEF ZU »COMMONS«

Den Tausch als Vermittlungsfaktor ausschließen

Der folgende Leserbrief vom Karlahof bezieht sich auf den Artikel »Kämpferische Keimformen?« von Simon Sutterlütti, der in der Oktober-Ausgabe der CONTRASTE (Nr. 421) im Rahmen des Schwerpunkts zum Thema Commons erschienen ist.

Lieber Simon,

Wir teilen deine Kritik an Kollektivbetrieben und Solawis im Kapitalismus. Auch wir denken, dass diese Formen interessante Erkentnisse für den kollektiven Lernprozess über neue Formen des Wirtschaftens und Kooperierens bringen können. Letzlich sind sie aber zu stark in kapitalistischen Prinzipien wie der Tauschlogik und klassischen Konzepten von Lohnarbeit verhaftet, um durch sie das System zu überwinden und erfolgreich in die commonistische Zukunft zu transformieren.

Einen kleinen, aber für uns schwerwiegenden Fehler haben wir allerdings in deinem Text entdeckt. Neulich, wir saßen hier auf dem Karla*hof und genossen unsere nicht-kommerziellen Aufstriche, da las eins von uns in der Zeitung wir seien eine SoLaWi, die ihre Kartoffeln verkaufen muss. Hups, da stimmt doch was nicht. Denn hier auf dem Karla*hof versuchen wir schon eine ganze Weile Commons zu produzieren und zum Freizirkulieren in die Welt zu schicken. Das klappt mal mehr mal weniger so, wie wir uns das gedacht haben.

Auch für uns ist der Kapitalismus nach wie vor der Endgegner, an dem viele unserer Vorhaben scheitern. Aber tatsächlich »verschenken« wir seit über 10 Jahren unsere Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Gemüse und Aufstriche. Dabei haben wir viele Erfahrungen gemacht mit dem Scheitern von interpersonalen Beziehungen in Bezug auf Commons. Über die Jahre haben wir sowohl versucht, »transpersonal« zu wirtschaften, also auf Masse zu produzieren und dann alles nach Berlin zu schaffen, auf dass es dort gegessen werde, als auch nach konkreten Zusammenhängen (Hausprojekte oder WGs) gesucht, mit denen wir interpersonale Produktionsbeziehungen eingehen können. Dabei stellen wir fest, dass sich diese interpersonalen Beziehungen nur sehr schwer finden lassen, wenn wir den Tausch als Vermittlungsfaktor ausschließen. Viele Leute scheinen aktuell lieber Geld an ihre SoLaWi zu geben, anstatt sich auf einen komplexen und unklaren Aushandlungsprozess über Verantwortung und Möglichkeiten der Teilhabe einzulassen.

Wir teilen deine These, dass sich der Commonismus nicht durch friedliche, stete Zellteilung zu immer neuen Projekten und Gruppen vollziehen wird. Auch wir warten schon eine Weile darauf, dass endlich diese neue, nicht-kommerzielle Gruppe in der Uckermark (meinetwegen auch Brandenburg oder halt Berlin) entsteht, mit der wir unsere Commons und unsere Erfahrungen teilen können. Sie kommt nicht von allein. Während wir hier vorerst weitermachen, sind wir übrigens kein fester Kreis von Abnehmer*innen, auf deren Bedarfe hin produziert wird. Das Netzwerk auf Gegenseitigkeit, in dem wir gemeinsam verhandeln wer was braucht und leisten kann, was produziert werden soll und in welche Richtungen Produkte und Zuwendungen wandern können, ist noch Zukunftsmusik.

Tatsächlich sind wir immer wieder auf der Suche nach Gruppen (lieber nicht Einzelpersonen) mit einer ähnlichen Praxis, mit denen wir in einen Austausch treten können, gerade auch über die Frage, wie wir jetzt vom kuscheligen Nischenprojekt zur großen, gesellschaftlichen Transformation kommen können, ohne unterwegs den Kooperativismus, die Bedürfnisorientierung oder die Kritik am Arbeitsfetisch zu verlieren.

Wenn du, die du das jetzt liest, in so einer Gruppe bist oder eine kennst, dann schick sie uns doch sehr gerne vorbei. Dich Simon und euch Leser*innen möchten wir außerdem herzlich einladen, mal hier auf dem Karla*hof vorbeizukommen und euch mit uns anhand der Praxis den Kopf darüber zu zerbrechen, woran es fehlt und welche Erkenntnisse aus unseren Experimenten wir auch für die Bewegung verallgemeinern können, um daraus zu lernen.

Ihr erreicht uns unter **www.karlahof.de**.

Solidarische Grüße,

Birte, Timmi und Uwe für die Superfood-Schleudergang vom Karla*hof

ANTWORT VON SIMON SUTTERLÜTTI

Liebe Brite, Timmi und Uwe,

vielen Dank für eure Antwort. Ich finde den Karla*hof auch ganz toll, und ihr benennt ja selbst die Schwierigkeiten und Grenzen des Projektes. Ich würde vor dem Hintergrund meines Textes die Frage stellen: Wie können wir die nicht-kommerzielle Logik des Karla*hofs auf andere Bereiche ausweiten und verbinden mit sozialen Bewegungen? Wie wirkt der Karlahof politisch-transformativ durch die Verteilung der Produkte? Und hier direkt die Frage: Wie wollt ihr wirken? Und was scheinen für utopische Momente im Karla*hof auf? Die mir nun in der Antwort deutlich wurde. Ich hoffe ihr empfindet dies nicht als euch einordnend, sondern eher als Versuch, die utopischen Potentiale zu verstehen. Also treu dem Motto: von den Keimformen aus denken.

In unserer Utopie fordern wir Tätigkeit auf Basis von Motivation und dies bedeutet notwendig: Commons-Produzent*innen entscheiden selbst, wem sie ihre Produkte zur Verfügung stellen wollen. Genau dieses tauschjenseitige Moment lässt sich im Karlahof erkennen. Ihr könnt entscheiden, welches Projekt, welche Gruppe etc. ihr unterstützen wollt. Ihr könnt hier Bedürftige unterstützen oder eher politische Projekte. Gleichzeitig könnt ihr die Entscheidung nicht getrennt von euren Kooperationspartner*innen treffen: Würdet ihr eure Lebensmittel dem AFD-Parteitag zur Verfügung stellen, dann würden eure Spender*innen oder Direktkreditgeber*innen nachfragen oder die Kooperation einstellen. Es ist also nahegelegt, die Bedürfnisse der Unterstützer*innen einzubeziehen. Ebenso im Commonismus: Produzent*innen sind auf Vorprodukte wie Maschinen, Strom etc. angewiesen und somit ist auch ihnen nahegelegt, die Bedürfnisse ihrer Kooperationspartner*innen einzubeziehen – und diese kooperieren wiederum nur, weil ihnen die Tätigkeiten bspw. des Hofes wichtig sind. Deshalb glaube ich auch nicht, dass die commonistische Re/Produktion in Klientelwesen und Partikularinteressen abrutschen wird. Durch die freie Kooperation ist es nahegelegt, möglichst viele Bedürfnisse einzubeziehen, dies schafft sichere Kooperationsbeziehungen und überzeugt Partner*innen.

Danke, dass ihr da seid.

Alles Liebe,

Simon

▲ **Die Superfood-Schleudergang produziert eine Vielfalt an nicht-kommerziellen Lebensmitteln.**
Foto: Superfood-Schleudergang

KOMMENTAR

Falsche Adressaten der Klimaproteste

Die klassische Gretchenfrage, die die aktuellen Klimaproteste stellen, lautet: Wer ist der Adressat – der Staat oder das atomisierte Individuum? Die Wirtschaft selber wird häufig nur auf Umwegen bzw. indirekt einbezogen. Darin zeigt sich die Crux der Bewegung – statt den Hauptverursacher anzusprechen, werden »Mittelsmänner« angesprochen, um auf diese einzuwirken – entweder der Staat mit Verboten oder das atomisierte Individuum mit einem selbstoptimierten Lebensstil, den man sich leisten können muss – statt der Wirtschaft direkt die Stirn zu bieten.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

Diese Gretchenfrage kommt der Frage nach Pest oder Cholera gleich. Durchdenkt man diesen Ansatz weiter, kommt man zu einem paternalistischen, starken Staat – bis hin zu einer Ökodiktatur, die wir in Hollywoodfilmen und Science Fiction-Romanen in schillernden Farben bereits seit den 80er Jahren präsentiert bekommen haben – oder ein dem Denken neoliberaler Wirtschaft entsprungenes Menschenideal der absoluten Selbstoptimierung, welches die ökonomischen Ausgangsbedingungen und Verhältnisse außer Acht läßt.

Selbst Menschen, die sich mit der Selbstbezeichnung »Anarchist*in« schmücken, hört man auf Demonstrationen von Fridays for Future den Staat beschwören, obwohl ein starker Staat automatisch zur Schwächung und Entmündigung des/der Bürger*in beiträgt. Vergessen scheint auch die Skepsis gegenüber der engen Verknüpfung von Staat und Wirtschaft, die lange Zeit zum klassischen Kanon linker Politik gehörte. Mehr noch als das: Diesen Adressaten zu wählen, hat etwas von Populismus. Es ist eine einfache Lösung – Repräsentant*innen, klärt das Problem für uns – ohne, dass wir etwas machen müssen.

Alternativ wird das atomisierte Individuum angesprochen. »Ökologische Selbstoptimierung« ist das Zauberwort. Kaufe im Biomarkt, verzichte auf dies und das. Dieser Lebensstilwandel, der an sich sicherlich nicht zu verurteilen ist, ist natürlich abhängig vom finanziellen Hintergrund der Betroffenen. Droht uns nicht eine neue Form des Klassengegensatzes anhand von der Möglichkeit, einen ökologischen Lebensstil zu führen oder nicht? Abgesehen davon entsteht derzeit ein Markt von Ratgebern, wie man ökologisch leben kann – ohne Verzicht. Die Radikalität dessen wird damit partiell zurückgenommen – und zu einer angenehmen ökologischen Kuschelzone transformiert.

Den Klimawandel zu begrenzen, kann weder die Aufgabe des Staates noch eines atomisierten Individuums sein. Ebensowenig ist es die Aufgabe der Wirtschaft, die der ökonomischen Logik von Angebot und Nachfrage unterworfen ist, obwohl hier sicherlich das größte CO_2-Einsparpotential herrscht. Mittlerweile wird die Ökobewegung von Unternehmen bereits zum »Green Washing« missbraucht. Die Mitarbeiter*innen werden freigestellt für die Teilnahme an Demonstrationen und man sponsort vereinzelt Sachen für die Bewegung.

Die große Frage, wovor große Teile der derzeitigen Ökobewegung zurückschrecken, ist die Systemfrage. Können wir im Kapitalismus zu einer nachhaltigen ökologischen Wende kommen oder ist dem Kapitalismus die Ökokrise immanent? Der umstrittene DDR-Philosoph Wolfgang Harich hat einst postuliert, dass der Kapitalismus bei der Ökofrage an seine Grenzen stößt und in ein Dilemma kommt. An dieser Stelle sind wir schon länger, aber mittlerweile sind die Folgen dessen für einen großen Teil der Bevölkerung sichtbar. Nun ist es Zeit, die richtigen Fragen zu stellen, um Auswege aus der Krise zu finden – und auch den richtigen Adressaten. Dieser kann weder Staat oder Wirtschaft noch das atomisierte Individuum sein. Es ist die Gesellschaft, d.h. das Kollektiv, was angesprochen gehört. Eine nachhaltige Veränderung des Lebensstils unserer Gesellschaft verlangt einen grundlegenden Wandel unserer Kultur – und bedarf sowohl eines selbstverantwortlichen Individuums als auch eines kollektiven Rahmens, in dem es sich mit anderen gemeinsam um eine Abwendung oder zumindest Abschwächung der Krise bemühen kann. Der Ort hierfür ist die häufig in anderen Kontexten beschworene, leider vielleicht zu häufig zum Schlagwort verkommene »Zivilgesellschaft«.

ANZEIGE

graswurzel revolution

GWR 443

Schwerpunkt:
Die Waffen nieder

www.graswurzel.net

KRITISCHE KONTRAPUNKTE ZUM »BAUHAUS-RUMMEL«

Eine Mischung aus Mythen und blinden Flecken

Das bauhaus-Jubiläumsjahr ist nun vorbei. Bernd Polster hat im Herbst eine lesenswerte und vor allem: ausdrücklich kritische Darstellung geschrieben. Er behandelt nicht »das« bauhaus insgesamt, sondern dekonstruiert gängige Mythen und untersucht einige »blinde Flecken« des bauhauses und seiner Rezeption.

BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN

▲ Eindrücke aus einem Raum im so genannten »Prellerhaus«, das Ateliergebäude im Bauhaus-Gebäudekomplex in Dessau.
Abbildung: Natalia Gurovich

Dieses Buch ist nicht so verbissen wie seine im Frühjahr erschienene Biografie zum Bauhausdirektor Walter Gropius, deren Erkenntnisse er aber freilich in die aktuelle Publikation einfließen lässt. Polster hat zwei Grundthesen: Um das bauhaus ranken sich »geschickt gestreute Mythen« und es gebe, bei näherer Betrachtung, gezielt produzierte Leerstellen. Schon zur Zeit seiner Existenz, als auch in der Rezeption zumindest bis zur Jahrtausendwende. Damit zusammen hängt die zweite These: »Das« bauhaus war sehr gut in der eigenen Außendarstellung und Vermarktung. Es war nach Polster die erste Hochschule, die ein eigenes Logo, ja eine eigene Corporate Identity hatte. In seiner Nachgeschichte wurde es dann von verschiedenen Interessensgruppen funktionalisiert. Im Grunde genauso wie 2019 in der (offiziellen) bauhaus100-Jubiläumskampagne, die ebenfalls primär vermarktet und dafür »das« bauhaus notwendigerweise entpolitisiert, den Gegenstand vereinfacht und Dinge schlicht verschweigt.

Einige Mythen, die Polster anführt, seien exemplarisch genannt: So war das bauhaus eben keine Geburt aus dem Nichts, keine vom genialen Schöpfer Gropius auf den Weg gebrachte Einrichtung. Es war eingebettet in die und Produkt der zeitgenössischen reformerischen Debatten. Gropius baute auf den Ideen anderer auf, in der Regel ohne diese zu nennen. Andere ähnliche, durchaus von Prominenten geleitete Einrichtungen, wie etwa in Düsseldorf (unter Peter Behrens) oder in Breslau (unter Hans Poelzig) seien mindestens ebenso wichtig wie »das« bauhaus (gewesen).

Das bauhaus sei in seiner ganzen Zeit anfällig für Dogmatismus und Esoterik gewesen, habe eigentlich auch bereits 1930 geendet, da es durch die autoritäre Leitung durch Mies van der Rohe in eine normale Architekturschule verwandelt worden sei; und viele »bauhäusler« hätten sich nach 1933 mit dem Nationalsozialismus arrangiert.

Das bauhaus sei weiter eine von Gropius autokratisch geführte Einrichtung gewesen, die auch lange nicht so erfolgreich war, wie gemeinhin angenommen wird. So habe die durchschnittliche (!) Verweildauer der geschätzt 1.400 Studierenden nur drei Semester betragen, und nur 15 Prozent aller jemals Eingeschriebenen hätten dort einen Abschluss erlangt, also um die 1.200 Personen diesen »erfolgreichste(n) kulturelle(n) Exportartikel Deutschlands« (Beschluss des Deutschen Bundestages von Februar 2015) ohne Abschluss wieder verlassen.

Schon im historischen bauhaus und erst recht danach sei es zu einer immensen Ausweitung und zielgerichteten Erhöhung des Begriffes »bauhaus« selbst gekommen: War jemand z.B. bevor und nachdem er/sie ans bauhaus kam bzw. war, auch (schon) ein/e Bauhäusler*in? Sind die von ihnen geschaffenen Bauten allesamt »bauhaus-Bauten«?

Eine, wenn nicht die zentrale Figur der Bauhausgeschichtsschreibung bis weit in die 1980er Jahre ist selbstredend Gropius. Ihm widmet sich Polster im Buch auch. In der Biografie kritisiert er Gropius vehement: Dieser sei vor allem gut im Verkaufen gewesen, er habe keinen akademischen Abschluss gemacht, von Architektur und erst recht Kunst wenig verstanden, und er habe Frauen und seine zahlreichen Geliebten erbarmungslos ausgenutzt.

Gropius steuerte auch die Rezeption des bauhauses. Einige Personen, die nach Polsters Dafürhalten für das bauhaus wichtig waren, verschweige Gropius oder reduziere ihre Bedeutung. Polster stellt z.B. Adolf Meyer (nicht zu verwechseln mit dem zweiten Direktor Hannes Meyer) näher vor. Meyer war als Meister in Weimar ein wichtiger Mitarbeiter von Gropius. Oder Carl Fieger, der ein Mitarbeiter von Gropius und Adolf Meyer war. Ganz neu entdeckt hat Polster den holländischen Architekten J. M. L. Lauweriks, der z.B. in Düsseldorf der Lehrer von Meyer war. Auch Förderer oder Ideengeber wie Theo van Doesburg, Adolf Hölzel oder Karl Ernst Osthaus und selbst Herwarth Walden würden bislang, so Polster in ihrer Bedeutung für »das« bauhaus unterschätzt und nicht genügend gewürdigt.

Eine wichtige Rolle bei der Produktion des bis zur Jahrtausendwende gängigen Bildes des bauhaus' spielten drei Personen: Hans Maria Wingler, erster Chef des Bauhaus-Archivs und Verfasser des bis in die 1990er hinein gültigen und mehrfach aufgelegten Standardwerkes zum bauhaus. Dann Reginald Isaacs als Verfasser einer voluminösen Gropius-Biografie und Sigfried Giedion als Autor eines wichtigen, wie das von Isaacs zuerst auf Englisch, dann auf Deutsch erschienen Buches. Alle drei wurden von Gropius gezielt angeworben und gefördert. Diese drei revanchieren sich und schreiben in den 1950er und 1960ern für die bauhaus-Rezeption wichtige Werke.

Polster hat ein spannendes und interessantes Buch vorgelegt, das auch viele neue und bedenkenswerte Aspekte zum bauhaus, seiner Geschichte und Geschichtsschreibung bietet. Es ist eine sehr gute und wichtige Ergänzung zu etlichen anderen Titeln, die aus einer kritischen Perspektive durchaus brauchbar sind. Ja, manche seiner Punkte wirken nicht ganz ausreichend begründet, aber dieses Buch ist eine gelungene Einladung, gängige Vorstellungen über »das« bauhaus zu überprüfen.

Bernd Polster: das wahre bauhaus. Wie eine kleine deutsche Hochschule, die es nur wenige Jahre gab, weltweit zur Legende wurde; teNeues Verlag, Kempen 2019, 304 Seiten, 25 Euro; ders.: Walter Gropius. Der Architekt seines Ruhms; Hanser Verlag, München 2019, 656 Seiten, 32 Euro

Bernd Hüttner schreibt seit 1993 für CONTRASTE. Im Frühjahr hat er zusammen mit Georg Leidenberger »100 Jahre Bauhaus. Vielfalt, Konflikt und Wirkung« beim Metropol Verlag, Berlin herausgegeben (272 Seiten, 22 Euro, https://www.rosalux.de/publikation/id/40343).

BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

Zwei Brasilianerinnen gegen Armut und häusliche Gewalt

Beim Betrachten der lächelnden Frauen auf zwei aktuellen brasilianischen Briefmarken lässt sich nur schwer erahnen, welch langer Weg hinter den beiden aufrechten Kämpferinnen liegt. Seit Juli 2019 stellt die staatliche Post Correios monatlich eine selbstbewusste, emanzipierte Brasilianerin vor, die Spuren in der Geschichte hinterließ.

KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN

Den Anfang der sechsteiligen Sondermarkenserie bildete die Samba-Musikerin Elza Soares, die in einer Favela aufwuchs und sich durch ihre Musik Anerkennung und Respekt verschaffte. Im Oktober und November kamen die Schriftstellerin Carolina Maria de Jesus und die Biopharmazeutin Maria da Penha, die sich über viele Jahre gegen häusliche Gewalt engagierte, zu Markenehren.

Die Afrobrasilianerin Carolina Maria de Jesus wurde am 14. März 1914 im Bundesstaat Minas Gerais im Südosten Brasiliens als Tochter zweier Landarbeiter, die von afrikanischen Sklaven abstammten, geboren. Sie hatte drei Kinder, die sie allein aufzog. Sie entschied sich, nicht zu heiraten und finanzierte sich durch Sammeln von Altpapier und Wertstoffen. Beim Zusammentragen von Papier stieß sie auf einen Stapel Notizbücher. Diese nutzte sie, um über ihr Leben in der Favela Tagebuch zu führen. Darin beschrieb sie ihren Schmerz, wenn sie schreiende Kinder hörte, die Hunger litten, während Gaststätten Lebensmittelreste mit Säure in Mülltonnen entsorgten, um zu verhindern, dass diese von Hungernden entnommen wurden. Carolina Maria de Jesus war eine Frau, die an sich glaubte, ihre Hoffnung nicht aufgab und ihre Herkunft nicht verleugnete. Einige ihrer Werke wurden in 13 Sprachen übertragen. Zwei ihrer Bücher – »Tagebuch der Armut« und »Haus aus Stein« – wurden auch ins Deutsche übersetzt und erschienen unter anderem im Lamuv Verlag.

Patriarchalische Verhältnisse seien in Brasilien historisch tief verwurzelt und charakterisierten weitgehend die sozialen Strukturen des Landes, schrieb Beate Forbriger im November 2017 in einem Beitrag für die Friedrich-Naumann-Stiftung. Dem entspricht der Fall der Apothekerin Maria da Penha. Sie wurde während ihrer Ehe sechs Jahre lang von ihrem Gatten, einem Hochschullehrer, misshandelt und verprügelt. Ihr Ehemann unternahm sogar zwei Mordversuche und versuchte, sie mit einer Schusswaffe und per Stromschlag zu töten. Als Folge eines der Anschläge ist da Penha querschnittsgelähmt und sitzt im Rollstuhl. Maria da Penha zeigte ihren Ehemann an, doch der Prozess wurde von der brasilianischen Justiz mehrere Jahre verschleppt.

Die Medienberichterstattung über ihren Fall, der unerschütterliche Mut von Maria da Penha und ihre Hartnäckigkeit beim Einfordern von Menschenrechten hatten schließlich Erfolg und nationale und internationale Auswirkung. Im August 2006 unterzeichnete der damalige brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva ein Gesetz zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt. Häusliche und familiäre Gewalt gilt nicht mehr als Privatangelegenheit, sondern wird als Straftat verfolgt. In Brasilien wird Maria da Penha als Vorkämpferin verehrt. Die heute 74-Jährige reist nach wie vor durchs Land, hält Vorträge und nimmt an Diskussionsrunden teil.

Vielen Frauen wurden auf Basis des Gesetzes per Richterspruch Schutzmaßnahmen zugesprochen. Doch erledigt hat sich das Problem der Gewalt gegen Frauen in Brasilien noch lange nicht. Der Justizapparat arbeitet langsam, verschleppt Prozesse oder verhängt nur geringe Strafen. Unter dem neuen Präsidenten Jair Bolsonaro ist keine Besserung zu erwarten. Doch dank engagierter Frauenrechtlerinnen ist das Thema weiterhin in der Öffentlichkeit präsent.

▲ Schriftstellerin Carolina Maria de Jesus (1914–1977)

▲ Maria da Penha, Biopharmazeutin und Kämpferin gegen häusliche Gewalt

REZENSIONEN

STRATEGIEN DER UMWELTBEWEGUNG

Bei der von Jana Bosse vorgelegten Publikation handelt es sich um ihre sozialwissenschaftliche Promotion, die durch ein Stipendium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) unterstützt wurde. Die Autorin geht der zentralen Frage nach, wie Basisgruppen der deutschen Umweltbewegung ihre spezifische Strategie entwickeln. Dabei hat sie nicht die überregionalen Umweltorganisationen wie Greenpeace, BUND oder NABU im Blick, sondern Gruppen, die folgende Merkmale aufweisen: Ihre Mitglieder engagieren sich ehrenamtlich, unterliegen keiner direkten organisatorischen Weisung, verfügen über eine gewisse Dauerhaftigkeit, versuchen ihre Zielvorstellungen gemeinsam zu realisieren und verstehen sich als Teil der Umweltbewegung bzw. arbeiten für den Schutz der Umwelt.

Ihrem Gegenstandsbereich nähert sich die Autorin, indem sie in einer (nicht benannten) Region nach Initiativen recherchiert, die diese Merkmale erfüllen und bereit sind, sich einem Prozess der wissenschaftlichen Begleitung zu stellen. Ausgesucht wurden vier von 60 in der Region ermittelten Gruppen. Die eigentliche empirische Basis stellen die Beobachtungen von etwa 60 Treffen der vier Gruppen sowie 27 Interviews mit AkteurInnen der Gruppen dar. Bei den Gruppen selber handelt es sich um eine Transition Town Initiative, eine Initiative zum Baumschutz, eine Initiative zum Naturerhalt sowie eine Initiative für den Baustopp eines Großprojektes. Es sind relativ kleine (vier bis 16 Personen), aber über einen längeren Zeitraum arbeitende Gruppen. Bei der Transition Town Initiative handelt es sich um die Gruppe mit den jüngsten Teilnehmenden (meist StudentInnen) und der höchsten Fluktuation. Die Baustopp Initiative wurde mitten in einer Unterschriftenkampagne gegen eine Baumaßnahme beobachtet und setzte mit ihrem Bürgerbegehren stärker auf Konfrontation und direkte Demokratie, wogegen die Initiativen zu Naturerhalt und Baumschutz eher auf Information und Einbindung in den lokalen politischen Prozess setzen.

Bosse analysiert diese Gruppen und ihre Strategieentwicklung vor dem Hintergrund der sogenannten Theory of Change, die einen Blick sowohl auf die individuelle als auch die Gruppenebene ermöglicht. Ergebnis ist u.a., dass die Ressource Zeit eine entscheidende Rolle, Geld dagegen eher eine geringe Rolle spielt und dass für die Aushandlungsprozesse selten Macht mobilisiert, sondern eher auf Ausbremsen und Vergessen gesetzt wird, was die Konflikte innerhalb der Gruppe niedrig hält.

In Bezug auf die Ergebnisse verspricht der Titel des Buchs mehr, als er halten kann. Die geneigte Lesererin erfährt zwar einiges aus dem Innenleben von Basisinitiativen im Umweltbereich und bekommt erläutert, wo noch weiterer Forschungsbedarf besteht, das Buch vermittelt aber wenig an praktischen Hinweisen für die AkteurInnen in diesen Gruppen, um ihre Strategiebildung zu verbessern.

Herbert Klemisch

Jana Bosse: Die Gesellschaft verändern - Zur Strategieentwicklung in Basisgruppen der deutschen Umweltbewegung, transcript Verlag, Bielefeld 2019, 412 Seiten, 49,99 Euro

CARE IN MEHRPERSONEN-BEZIEHUNGEN

Wer welche unbezahlten Tätigkeiten übernimmt, steht seit den 1970er Jahren im Zentrum jener feministischen Ansätze, welche sich mit Ökonomiekritik und möglichen Alternativen beschäftigen. Die Empirie heterosexueller Paarbeziehungen ist bekannt – und die ist weit unveränderter, als es die Diskurse im heutigen Mainstream vermuten lassen. Doch wie steht damit, wenn mehrere Personen sich aufeinander beziehen?

Michael Raab ist dieser Frage in seinem Buch nachgegangen, und zwar ausgesprochen gründlich. Das gilt für die theoretischen Vorüberlegungen, methodisch sowie für die Quantität der Erhebung.

»Care in konsensuell-nichtmonogamen Beziehungsnetzwerken« – dieser nicht gerade sexy wirkende Titel ist wohldurchdacht. In Abgrenzung zu Reproduktionsarbeit im Sinne einer Wiederherstellung von Arbeitskraft versteht Raab Care als Bedürfnisorientierung in sorgenden Tätigkeiten. Und er beschäftigt sich nicht mit Zusammenhängen, in denen (politisch begründeter) Zwang zur nichtmonogamen Beziehungsführung herrscht.

Die heutige subkulturelle Debatte weise eine hohe Sensibilität gegenüber sexistischen Praktiken als auch für neoliberale Vereinnahmung auf. In gewissem Sinne bleibe die Ausgangsfrage aber dieselbe, die schon in den 1970er Jahren gestellt wurde: Welche Rolle kann konsensuelle Nichtmonogamie im Kontext verschiedener nötiger Schritte in eine solidarische Gesellschaft spielen?

Methodisch wendet Raab den intersektionalen Mehr-Ebenen-Ansatz von Gabriele Winker und Nina Delege an und erweitert ihn um wertkritische sowie habitus- und handlungstheoretische Aspekte. Allein diese Grundlagenlegungen auf theoretischer als auch auf historischer Ebene sind die Lektüre des Buches wert. Die gesellschaftliche Bedeutung von Monogamie oder die Hauptlinien der Care-Diskussionen sind darin nur zwei von vielen Aspekten.

Aus 203 vollständig ausgefüllten quantitativen Erhebungen wählt Raab schließlich 13 für qualitative Interviews aus, variierend in Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, rassistischen Diskriminierungserfahrungen, körperlichen Beeinträchtigungen sowie Beziehungsmodellen. Durch Nachgespräche wurde die Auswertung in Interaktion mit den Betroffenen ermöglicht.

Es ist nicht immer einfach, beim Lesen der vielen Namen den Überblick zu behalten. Und wer eine starke These am Ende erwartet, wird enttäuscht. Ja, es werden auch in konsensuell-nichtmonogamen Beziehungsnetzwerken hegemoniale Geschlechterverhältnisse wiederholt. Nein, neoliberale Vereinnahmung hat es nicht einfach mit solchen Modellen. Aber zweierlei wird sehr klar: Es entstehen »communities of care« als Beziehungsweisen, in denen einerseits Geschlechterzuordnungen und andererseits Marktvermittlungen an Bedeutung verlieren. Und Beziehungsweisen, das weiß auch Raab von Bini Adamczak, sind Revolution.

Friederike Habermann

Michael Raab: Care in konsensuell-nichtmonogamen Beziehungsnetzwerken. Sorgende Netze jenseits der Norm, Budrich Verlag, Leverkusen 2019, 254 Seiten, 33 Euro

SOLIDARITÄT STATT ANGST

Schwarzes Deckblatt mit weißer Schrift und die Schlagworte »Angst, Wut, Mut« im Titel – die neueste Ausgabe des »Widerspruch« wurde wahrlich nicht als attraktiv gestaltetes Werk für die Auslage im Buchladen gemacht. Auch für regelmäßige Leserinnen und Leser der halbjährlich erscheinenden Hefte »für eine sozialistische Politik« ist das Schwerpunktthema ungewöhnlich, denn üblicherweise stehen klassische Themen wie Finanzmarkt, Demokratie oder Krieg und Frieden im Vordergrund.

Doch bereits nach einem kurzen Blick ins aktuelle Heft wird klar, dass die Redaktion keineswegs das Persönliche in den Fokus gerückt hat, sondern die zunehmenden Zukunftsängste in vielen Teilen der Gesellschaft zum Anlass nimmt, politisch relevante Fragen zu stellen. So wollte die Widerspruch-Redaktion von 22 AutorInnen wissen, »wo und in welchem Ausmaß subjektives Leid erzeugt und bewirtschaftet wird, welche Ursachen dahinterstehen und inwiefern Solidarität als Gegenmittel wirken kann«.

Die Antworten verorten sich thematisch in der aktuellen Klimadebatte und vor allem rund um die zunehmende Flexibilisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt. Mehrere Beiträge erörtern dabei, wie erhöhter Mobilitätsdruck, unsichere und befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie zusätzlich zu bewältigende Management- und Qualitätsanforderungen »unsere Leben und Seelen belagern«. Dabei geht es nicht nur um die realen Zustände im Detailhandel oder bei Bürojobs, sondern auch um subtile Methoden, mit denen Verantwortung unmerklich auf den/die Einzelne/n verschoben wird. Beispielsweise erörtert ein Beitrag die fragwürdige Rolle von »Resilienztrainern« in Unternehmen, die lehren würden, dass man scheinbar unveränderbare Situationen nicht mit Dickköpfigkeit – will heißen: Widerstand – begegnen solle.

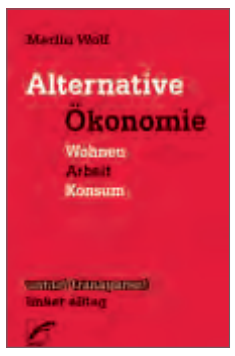
Neben der betrieblichen Ebene diskutieren einige Beiträge die herrschende neoliberal durchwirkte Politik in Deutschland und der Schweiz, durch die immer mehr Menschen »aus dem leistungsgetriebenen Kapitalismus ausgegrenzt« würden. So seien Zustände entstanden, die »ganz real nicht mehr tragbar sind – wie die Frauen- und Klimabewegung zeigen«. Neben einem ausführlichen Gespräch mit Klima-AktivistInnen zu deren Ängsten und Hoffnungen beleuchten auch mehrere Beiträge rund um den landesweit erfolgreichen Frauenstreik in der Schweiz das veränderte politische Umfeld. Laut Widerspruch würden sich die beiden Bewegungen verbreitern, weil vielen Beteiligten klar werde, dass sich gesellschaftliche Fragen nicht individuell lösen lassen und weil Menschen »trotz oder gerade wegen der Angst Mut entwickeln« würden.

Insgesamt sind im aktuellen Heft leider einige Beiträge etwas abstrakt geraten, dennoch bietet es vielfältige und anregende Impulse, um nicht auf eine Rettung »von oben« zu warten, sondern gemeinsam zu handeln und gesellschaftliche Veränderungen anzugehen.

Peter Streiff

Widerspruch 73: Angst. Wut. Mut. - Beiträge zu sozialistischer Politik. Rotpunktverlag, Zürich 2019, 216 Seiten, 18 Euro

ALTERNATIVE ÖKONOMIE



»Die vorliegende Einführung beschäftigt sich mit Formen alternativer Ökonomie und nicht mit alternativer Ökonomik. Vorgestellt werden sollen daher andere Möglichkeiten des Wirtschaftens und Lebens und weniger andere Wirtschaftstheorien.«

Trotz dieser einleitenden Klarstellung war ich über den Inhalt des Bandes aus der transparent-Reihe des Unrast-Verlages überrascht. Fragen, wie man jenseits des Kapitalismus gesellschaftlich ökonomische Herausforderungen meistern soll, werden darin nicht diskutiert. Also: Wie wird in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft sichergestellt, dass Menschen ausreichend zu essen haben, menschenwürdig wohnen, versorgt werden, wenn sie krank sind, und den zukünftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen? Wie lassen sich die materiellen Güter produzieren, an die wir uns so gewöhnt haben, von Mobiltelefonen bis zu E-Bikes? Oder geht das vielleicht nicht? Um diese Fragen zu diskutieren, bedarf es nicht unbedingt der Präsentation von Wirtschaftstheorien, es würden historische Beispiele, Gedankenspiele und gewagte Ideen genügen.

Wolfs Buch trägt den Untertitel »Wohnen, Arbeit, Konsum«. Dass diese Lebensbereiche in die Ökonomie eingebunden sind, ist offenbar. Doch sind sie das Gleiche wie Wirtschaften? Schafft nicht die Ökonomie den Rahmen, in dem wir wohnen, arbeiten und konsumieren? Ist also eine Darstellung dieser Aspekte unserer Existenz, egal wie »alternativ«, nicht eher eine soziologische Bestandsaufnahme des Ist-Zustands als ein möglicher Verweis auf das Darüber-hinaus? Natürlich können Umwälzungen in diesen Bereichen das herrschende ökonomische System herausfordern; gerade eine andere Gestaltung der Arbeit würde es in seinen Grundfesten erschüttern. Doch ohne eine Perspektive, die über einzelne, in ihrer Wirkungskraft notwendig eingeschränkte Beispiele hinausgeht, wird das nicht gelingen.

Wolf listet eine Vielfalt von Ansätzen auf, die im weitesten Sinne einer »Alternativkultur« zuzurechnen sind: von Kinderläden und Wohngemeinschaften über Tauschringe und Regionalgelder bis zu Co-Working Spaces und Ladendiebstahl. Dass sich viele dieser Ansätze leicht kapitalistisch verwerten lassen, weiß Wolf selbst. Überbewertet wird dabei jedoch der formale Aspekt institutioneller Anerkennung. Dass Regenbogenfamilien mit ihrer »staatlichen Normalisierung« das »Alternative und Subversive« verlieren, ist nicht zwangsläufig wahr. Das Gesetz allein trennt nicht systemimmanent von subversiv. Subversiv ist dort, wo das System brüchig wird, Gesetz hin oder her.

Der Überblick, den Wolf bietet, ist interessant und das Buch liest sich flott. Beobachtungen wie jene, dass »All you can eat« durch »All you want to eat« zu ersetzen wäre, regen zum Schmunzeln an. Die richtige Erwartungshaltung hilft jedoch dabei, zufrieden aus der Lektüre auszusteigen.

Gabriel Kuhn

Merlin Wolf: Alternative Ökonomie. Wohnen, Arbeit, Konsum; Unrast Verlag, Münster 2019, 90 S., 7,80 Euro

STAATSKONZERN AUSSER KONTROLLE

»Lesen Sie dieses Buch nicht vor dem Ins-Bett-gehen«, warnte Stefan Siller als Moderator zu Beginn der Premieren-Lesung im Stuttgarter Rathaussaal. Doch sowohl der Autor Arno Luik als auch das vorwiegend Montagsdemo-erfahrene Publikum quittierten den ungewöhnlichen Einstieg mit wohlwollendem Gelächter. Denn der Stern-Journalist ist für die Widerstandsbewegung gegen Stuttgart21 kein Unbekannter – sowohl aufgrund seiner fundierten Recherchen zum Bahnkonzern als auch aufgrund einiger engagierter Auftritte bei Veranstaltungen und Demonstrationen.

Bei der Lektüre wird schnell deutlich, was Siller mit seiner Warnung meinte: Selbst für den leidgeplagten Bahnfahrer und halbwegs informierten Leser sind die »Katastrophen mit Ansage« oftmals kaum zu glauben: Der Autor belegt kenntnisreich und detailliert die desaströsen Entwicklungen, die zum Niedergang des Deutsche-Bahn-Konzerns geführt haben. Da spricht er mit einem Brandschutzexperten, der das Projekt Stuttgart21 aufgrund seiner Expertise als »Staatsverbrechen« bezeichnet. Oder er lässt einen Lokführer zu Wort kommen, der während seiner Fahrten auf dem immer maroderen deutschen Schienennetz zunehmend Angst hat.

Luik beleuchtet in 18 Kapiteln die Geschichte der DB seit der Bahnreform im Jahr 1994. Er geht dabei nicht chronologisch, sondern eher wie ein Getriebener vor, der sich von einer Zumutung zur nächsten hangelt: Von ehemaligen Daimler-Managern als »Bahn-Azubis« über steuergeldfinanzierte Weltmachtphantasien bis zu unfähigen Verkehrsministern als »Benzinkanister auf zwei Beinen«. Zwei inhaltliche Schwerpunkte verdeutlichen dabei sowohl die Verbundenheit des Bahnkritikers mit dem Verkehrsmittel auf der Schiene als auch seine Empörung über den »Wahnsinn« von S21.

Zum einen macht der Autor als Sohn eines Bahnhofvorstehers deutlich, wie er als leidender Bahnfahrer den schleichenden Zerfall der DB persönlich erlebte. Statt den Verkehr auf die Schiene zu bringen, reiße der Konzern seit Jahrzehnten Schienen raus, baue Weichen ab, lege Bahnhöfe still und »strengt sich im Autoland Deutschland offenkundig sehr an, den Bahnverkehr zu behindern, nein, ihn auf Dauer zu zerstören«.

Zum zweiten werde dieser Systemzerfall besonders deutlich beim Bahn- und Immobilienprojekt Stuttgart21, das »längst zur Chiffre für den strukturellen Irrsinn der Bahn« geworden sei. Der Autor verwebt dabei interne Informationen von frustrierten Bahnmitarbeitern mit detaillierten Rechercheergebnissen aus den Reihen der Stuttgarter Widerstandsbewegung zu einem packenden Wirtschaftskrimi. Es sei endlich Zeit, deutlich zu machen, dass es Täter für das Desaster gebe, so Luiks Fazit. Sie würden in der Bundesregierung und im Tower der Deutschen Bahn sitzen. Trotz alledem hat der Autor die Hoffnung nicht aufgegeben, indem er zum Schluss aufzeigt, was für eine erforderliche Verkehrswende zu tun sei.

Peter Streiff

Arno Luik: Schaden in der Oberleitung - Das geplante Desaster der Deutschen Bahn; Westend Verlag, Frankfurt a. M. 2019, 224 Seiten, 18 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

WINTER CAMP

»winter gathering« im Waldgarten
4. bis 11. Dezember
(Verden)

Allmende e.V. lädt herzlich dazu ein, sein Waldgartenprojekt kennenzulernen. Neben den Winterarbeiten wie z.B. den wilden Urwald aus Zitterpappeln, Eichen, Birken, Haseln, Salweiden, Weißdorne und Schlehen zurückzuschneiden, gibt es auch reichlich Raum, um die schöne Winterzeit zu genießen und gemeinsam zu kochen, zu diskutieren, Musik zu hören oder abzuhängen!

Ort: Allmende e.V., Artilleriestraße 6, 27283 Verden
Info: http://allmende.bplaced.net/winter-camp-15-21-12-2018/

BUCHLESUNG

Anarchosyndikalismus - Ist das neu oder kann das weg?
8. Dezember, 19 Uhr
(Mönchengladbach)

Die Sektion Mönchengladbach der Freien Arbeiter*innen Union veranstaltet einen Abend mit Buchlesung und Diskussionen zu »Schwarze Flamme — Revolutionäre Klassenpolitik im Anarchismus und Syndikalismus«. Das Werk wurde 2009 von Prof. Lucien van der Walt und Michael Schmidt herausgegeben und 2013 erstmals in deutscher Übersetzung von Andreas Förster und Holger Marcks veröffentlicht.

Ort: Chapeau Kultur, Bahnhofstraße 26-28, 41236 Mönchengladbach
Info: faud28@fau.org

SEENOTRETTUNG

Friedenspreis für Sea-Watch
15. Dezember, 11 Uhr (Stuttgart)

Der diesjährige Stuttgarter Friedenspreis geht an Sea-Watch e.V. – die zivile Seenotrettung von Flüchtenden. Angesichts der humanitären Katastrophe im Mittelmeer leistet die gemeinnützige Initiative Sea-Watch Nothilfe, fordert und forciert die Rettung durch die zuständigen europäischen Institutionen und steht öffentlich für legale Fluchtwege ein. Seit inzwischen 16 Jahren wird der Stuttgarter Friedenspreis an Menschen und Projekte verliehen, die sich »in besonderer Weise für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität einsetzen«. Er ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom Bürger*innenprojekt »die Anstifter« im Rahmen einer FriedensGala verliehen.

Ort: Theaterhaus Stuttgart, Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart
Info: https://www.die-anstifter.de/veranstaltungen/friedensgala-2019-im-theaterhaus/

KONFERENZ

Zukunft gestalten: Digital und nachhaltig!
16. Dezember
(Berlin)

Die Konferenz denkt die Transformation zur Nachhaltigkeit und den digitalen Wandel zusammen und fragt, welche neuen Forschungsthemen sich aus dieser Verzahnung ergeben. In Session 1 geht es um die nachhaltige Gestaltung des digitalen Zeitalters und neue ethische Herausforderungen. Session 2 diskutiert im Kontext des Wissenschaftsjahrs 2019 die Frage, wie digitale Technologien, insbesondere Künstliche Intelligenz und »Big Data« in der Nachhaltigkeitsforschung und konkret für nachhaltige Entwicklung genutzt werden können. Session 3 diskutiert die Chancen und Herausforderungen für die deutsche Forschungs- und Innovationspolitik. Die Konferenz will neue Impulse für eine zukunftsgerichtete Forschungspolitik identifizieren, in der Digitalisierung noch stärker als bisher für eine nachhaltige Entwicklung genutzt wird.

Ort: BMBF, Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin
Info: https://www.wbgu.de/de/veranstaltungen/veranstaltung/forschungskonferenz2019

DEMO

»Wir haben die fatale Politik satt«
18. Januar, 12 Uhr
(Berlin)

Unter dem Motto: »Wir haben es satt: Agrarwende anpacken, Klima schützen!« lädt ein breites Bündnis wieder zur Demonstration ein. 2020 stehen wichtige Entscheidungen für die Landwirtschaft und für das Klima an: Bei der EU-Agrarreform entscheidet sich, ob mit den Milliarden-Subventionen die Agrarwende gestemmt und das Insektensterben gestoppt werden kann. Mit einem Veto gegen das Mercosur-Freihandelsabkommen kann Deutschland mithelfen, die Feuer am Amazonas einzudämmen. Und für echten Klimaschutz muss die Bundesregierung auch 2020 weiter unter Druck gesetzt werden.

Ort: Brandenburger Tor
Info: https://www.wir-haben-es-satt.de/informieren/demo-in-berlin-18120/

STRASSENLEBEN

Ein Stadtrundgang mit Wohnungslosen
22. Februar, 15 Uhr
(Düsseldorf)

Düsseldorf aus einer anderen Perspektive – eine circa zweistündige alternative Stadtführung.
Wo übernachten Wohnungslose? Wie strukturiert man seinen Tag, wenn man keine Wohnung hat? Wo befinden sich Anlaufstellen? Was zeichnet einen guten Verkaufsplatz aus? Was bedeutet das Thema Sucht in diesen Zusammenhängen? Die Stadtführer*innen, die Expert*innen dieser Lebenswelt sind, zeigen Interessierten ihre Orte. »Strassenleben« soll das Verständnis für Wohnungslosigkeit und Armut stärken und zeigt, dass Düsseldorf nicht nur eine Stadt der Reichen ist, sondern eine Stadt der starken Kontraste.

Ort: Höhenstraße 51, 40227 Düsseldorf
Info: www.strassenleben.org

DIE KLIMAWERKSTATT

Radikale Antworten auf radikale Probleme!
Workshop-Reihe 2019/2020,
jeden zweiten Samstag,
16 bis 18 Uhr
(Wien)

21. Dezember: Utopien 3: Revolutionäre Transportsysteme
18. Jänner: Utopien 4: Landwirtschaft – Zurück zum Ursprung?

Ort: Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien
Info: http://linkswende.org/die-klimawerkstatt-workshop-reihe-2019-2020/

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.

Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional-und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTIONEN

BERLIN:
Ulrike Kumpe
✉ ulrike.kumpe@contraste.org
BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
✉ bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
✉ johannes.dietrich@contraste.org
FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
✉ genossenschaft@t-online.de
GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
✉ kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
✉ hh.kunath@web.de
KASSEL:
Regine Beyß
✉ regine.beyss@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
✉ heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
✉ ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ ulifrank@unverdient.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
✉ peter.streiff@netz-bund.de
ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
✉ brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
✉ hans.wieser@contraste.org /

HERSTELLUNG

ANZEIGEN
Kai Böhne
✉ anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
✉ abos@contraste.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
✉ layout@contraste.org

TERMINE
Hans Wieser
✉ termine@contraste.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉ webmaster@contraste.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

facebook:
Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: @conraste_org
Mailingliste: http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste

ANZEIGEN

DIE ROTE HILFE
Schwerpunkt der Ausgabe 3/2018: Staatsschutz – Der NSU vor Gericht

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Abonnieren:
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Mitgliedwerden & Info:
info@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor.
Bitte schickt eure Anzeigentexte an:

koordination@contraste.org

Informativ, knapp und klar
Ossietzky

«Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.»
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

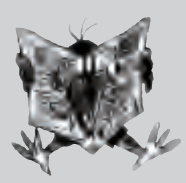
Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Döhre • www.ossietzky.net

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung



Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltläden oder für jährlich 25 € per Abo ins Haus.
Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin

BAYER
Was geht MICH denn BAYER an?
JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!
Bitte scannen
Name Vorname Alter
Straße, Hausnr. PLZ, Ort
eMail Telefon
Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland
info2@CBGnetwork.org
www.CBGnetwork.org